

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

5. Woche für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar 1899.

Posen, den 6. Februar 1899.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 22 des Kurjer Poznański
vom 27. Januar 1899:

Zu Kaisers Geburtstag.

In den Heilighümern aller Konfessionen werden heut am Geburtstage Sr. Majestät Gebete zum Himmel steigen, auf daß Gott, der Herr Seine Gnaden auf den Monarchen ergieße. In diesem Sinne werden auch wir Gebete darbringen, damit Gott, der die Herzen der Könige und Nationen mit seiner Hand lenkt, zu bewirken geruhe, daß das Regiment des gegenwärtigen Monarchen für alle Unterthanen Allerhöchstdeselben ohne Ausnahme gesegnet sei.

Aus Nr. 24 des Orędownik
vom 29. Januar 1899:

Die Kaisergeburtstagsrede des Oberbürgermeisters Witting

kommentirt der Orędownik wie folgt:

„Herr Witting hat hier jene Kulturzwecke im Auge gehabt, von denen der Minister von Miquel im preussischen Landtage gesprochen hat. Wenn Herr von Miquel daselbst die Politik der preussischen Regierung entwickelte, welche danach strebt, das polnische Element vermöge neuer kultureller Mittel zu assimiliren, so kann man sich darüber nicht sehr wundern; denn dazu sind die Landtage und Parlamente da. Aber Herr Witting vervollständigte die Ausführungen des Herrn von Miquel bei dem Festmahl an Kaisers Geburtstag, an welchem, da es von den städtischen Behörden veranstaltet worden war, auch viele Polen theilnehmen mußten. Herr Witting mahnte, Streitigkeiten zu unterlassen und sich einer gemeinsamen Thätigkeit in den Werkstätten und im Handel hinzugeben. An die S.-A.-Listen war diese Mahnung nicht gerichtet; denn Herr Witting hat über Streitigkeiten gesprochen, die seit Jahrzehnten existiren. Aber wer ist an diesen Streitigkeiten schuld? Wer ruft sie hervor und wer verschärft sie? Hier in den polnischen Landestheilen beklagen sich die Deutschen über Streitigkeiten, Zwiste und Gegensätze, in Nordschleswig klagen sie ebenfalls darüber, und sie werden dies überall da thun und überall da sich als die „Bedrückten“ aufspielen, wo sie in ihren Staats-

grenzen fremde Nationalitäten haben werden, die sich im Meere des Deutschthums nicht ersäufen lassen.

Herrn Witting steht es frei, solche Reden zu halten, er kann ankündigen, daß dies erst der Anfang jener neuen Politik sei, es steht ihm frei, dies sogar am Geburtstage des Monarchen zu thun — wir aber in unsrer polnischen Volksgesamtheit wenden uns auch nach solchen und anderen Reden unsrer alten, jedoch stets neuen Thätigkeit zu, d. h. wir werden Streitigkeiten, Zwiste und Reizungen meiden, — denn sie widerstreben schon dem uns angeborenen, milden polnischen Charakter, — aber andererseits werden wir nicht aufhören, unsre Rechte einzufordern; wir werden an der Erhaltung unsrer nationalen Existenz arbeiten und uns nicht um ein Jota ändern, und zwar in dem Sinne, daß wir als Bürger des preussischen Staates unsre Pflichten thun, als Polen aber treu bei unsrer nationalen Standarte stehen und für unsre Sprache und unsre nationalen Eigenthümlichkeiten schützend eintreten werden.“

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 13 der Gazeta Gdańska
vom 31. Januar 1899:

Aufruf!

Wie allgemein bekannt sein wird, ist f. Zt. eine Broschüre in deutscher Sprache „Der Kampf um die Ostmark“ erschienen. Sie ist von einem gewissen Fink, ehemaligen Redakteur der polenfeindlichen Post, angeblich auf Grund von „glaubhaften“ Notizen und Fingerzeigen, die er auf seiner Wanderung durch Westpreußen gesammelt hat, verfaßt worden. Wie diese „glaubhaften“ Notizen ausgesehen haben, haben unsere Leser Gelegenheit gehabt aus den von uns in dieser Angelegenheit f. Zt. gebrachten Artikeln zu ersehen. Sie hatten auch den gewünschten Erfolg, indem die Post gezwungen gewesen ist, so manche Berichtigung zu bringen.

Das reicht jedoch nicht hin, denn trotz der Berichtigungen werden gewiß alle Lügen und Verdrehungen, die wir eingangs erwähnten, in der Broschüre aufgenommen sein; infolge dessen werden die Deutschen, denen diese Broschüre in die Hand gekommen ist, zu einer ganz falschen Anschauung über die Verhältnisse in den polnischen Landestheilen gekommen sein.

Um diese Meinung zu berichtigen, ist die Herausgabe einer ebenfalls deutsch abgefaßten Broschüre

durchaus notwendig, welche es sich zur Aufgabe macht, die Wahrheit aufzuklären und unsre Verhältnisse im wahren Lichte darzustellen.

Und es hat sich auch jemand gefunden, der sich dieser schwierigen Aufgabe unterzogen hat, wofür ihm unsere Gemeinschaft dankbar sein kann und zu seiner Arbeit wünschen wir ihm ein „Glück auf!“

Alle gutgesinnten Menschen, vor allen Dingen aber unsere Hochwürdige Geistlichkeit, bitten wir um Sammlung und Darbietung einzelner Thatsachen, Beschwerden u. s. w. (z. B. bei den Wahlen); aber wir bitten nur um wahrheitsgetreues, durch Beweise oder Zeugenaussagen zu unterstützendes Material unter der Adresse der Gazeta Gdanska in Danzig.

Alle polnischen Zeitungen, die im preussischen Staate erscheinen, bitten wir um Wiederholung dieses Aufrufes und um Unterstützung dieses Projektes.

Aus Nr. 19 der Gazeta Toruńska
vom 24. Januar 1899:

Ueber die Wahl Motty's zum Fraktions- vorsitzenden

läßt sich ein Korrespondent der Gazeta Toruńska folgendermaßen aus:

„Man traut seinen Augen nicht, wenn man liest, daß die Mehrheit der polnischen Landtagsfraktion Herrn Motty zum Vorsitzenden gewählt habe, denselben, der vor dem Thorner Gericht öffentlich erklärt hat, er habe sich mit Herrn Gerlich, dem früheren Schweizer Landrath, duelliren wollen, und der, soviel uns bekannt, das durch diese seine Erklärung veranlaßte Mergerniß nicht gut gemacht, auch weder mit Worten, noch schriftlich Bedauern über sein Verhalten bekundet hat. Und dennoch ist seine Wahl Thatsache. Man muß sagen, daß die Mehrheit der polnischen Fraktion durch diese Wahl mit ihrer katholischen Wählerschaft, die nicht allein das Duell, sondern auch die Absicht, sich zu duelliren, gleich der katholischen Kirche verdammt, in schändlicher Weise ihren Spott getrieben hat. Einen derartigen moralischen, katholischen Wählern verfesten Backenstreich, eine derartige Geringschätzung katholischer Ueberzeugungen kann man der Fraktion nicht durchgehen lassen, wenn man sich nicht durch Schweigen zum Mitschuldigen machen und nicht verdienen will, daß Landsleute und Fremde den Vorwurf erheben, man sei den katholischen Grundsätzen untreu geworden. Darum protestire ich feierlich dagegen, daß katholische Volksvertreter zu ihrem Vorsitzenden einen Mann wählen, der sich zu duelliren beabsichtigt, und ich fordere, daß die polnische Landtagsfraktion ihr Verhalten gehörig rechtfertige. Wenn das nicht geschieht, dann werde ich bei den künftigen Wahlen meine Stimme keinem Kandidaten geben, der einer Fraktion beizutreten gedenkt, welche in ihrer Mehrheit durch die That oder durch ihre Abstimmung das Duell billigt, und welche vor Allem in ihren Statuten keinen Paragraphen hat, der Duellanten aus ihrer Mitte ausschließt.“

... Was soll uns die Solidarität, wenn die katholischen Grundsätze darunter leiden? Was soll uns die polnische Fraktion, was sollen uns polnische Abgeordnete, welche die katholischen Grundsätze mit Füßen treten. Die gesunden polnisch-katholischen Elemente mögen sich zu einer polnisch-katholischen Partei zusammenschließen; um eine Handvoll Liberaler brauchen wir uns nicht zu kümmern. Sie werden mittelst der Ansiedelungskommission, sowie mittelst der beliebten Duelle, in Ermangelung derer

sie sich selbst manchmal vor den Kopf schießen, immer mehr von der Bildfläche verschwinden.

Ich kann in der That nicht begreifen, was die Mehrheit der polnischen Fraktion bewogen haben mag, Herrn Motty zum Vorsitzenden zu wählen. Wenn diese Wahl ihn rehabilitiren sollte, so hat sie ihren Zweck vollständig verfehlt, und dazu ist dieser kollegialische Dienst sehr theuer zu stehen gekommen; denn die Mehrheit der polnischen Fraktion hat sich damit unsterblich kompromittirt und moralischen Selbstmord verübt. Ich bin neugierig, welches das Stimmenverhältniß bei der Wahl des Vorsitzenden gewesen ist, auf welche Seite unsre westpreussischen Abgeordneten getreten sind und wie ihnen Herr Motty als Vorsitzender gefällt?

Ein Pfarrer.

Aus Nr. 24 der Gazeta Toruńska
vom 29. Januar 1899:

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Die geehrte Redaktion bitte ich folgende Erklärung zu veröffentlichen: Ich verwahre mich entschieden gegen den Vorwurf, welcher in der Donnerstagsnummer des Dziennik Poznański gegen mich erhoben worden ist. In der ersten Sitzung der Fraktion stellte ich den Antrag, die Konstituierung zu vertagen und statt dessen in Erwägungen darüber einzutreten, ob und inwieweit die Statuten der Fraktion noch verpflichteten, weil infolge des seitens eines der Herrenhausmitglieder im Plenum dieser Kammer beliebten Auftretens gegen die Abstimmung der Reichstagsfraktion in Sachen der Marine im Lande Zweifel darüber entstanden sind, ob die im Herrenhause sitzenden Polen der polnischen Fraktion angehörten.

Nach einer Rede des Grafen Mielzynski gab ich jede erforderliche Aufklärung, wobei ich auf sein dringendes Verlangen hin den Namen seines Kollegen aus dem Herrenhause nannte und hinzufügte, daß ich über die Zugehörigkeit dieser Herren zur polnischen Fraktion absolut keinen Zweifel hege. Ich zog meinen Antrag zurück, indem ich erklärte, daß ich meinen Zweck erreicht habe.

Die Anspielungen auf eine angeblich „klar zu Tage liegende Tendenz“, welche offenbar in einem unklaren Kopfe entstanden sind, lasse ich als jeder Grundlage entbehrend unerwähnt.

Angesichts dessen richtet sich dieser im Dziennik Poznański gegen mich gerichtete neue Angriff von selbst.

Achtungsvoll
L. v. Czarlinski.

Aus Nr. 10 der Gazeta Grudziądzka
vom 24. Januar 1899:

Betrifft die Angelegenheit der geheimen Druckerei.

Einen im höchsten Grade empörenden Bescheid hat der Graudenzner Staatsanwalt unserm Redakteur Herrn Majerski auf die Anfrage betreffend jene berühmte Haussuchung ertheilt, deren Zweck die Aufindung einer . . . geheimen Druckerei gewesen ist.

(Es folgt der Wortlaut des an den Redakteur Majerski gerichteten Schreibens des Herrn Ersten Staatsanwalts zu Graudenz vom 17. Januar d. Js. J. 36/99. I. 441.)

„Das war“ — so fährt die Gazeta Grudziadzka fort — „der Bescheid des Herrn Staatsanwalts. Es ist nicht leicht, alle diese Paragraphen, Vermuthungen, Annahmen und Beschuldigungen sofort zu fassen, daher ist es nöthig, diesen Bescheid des Herrn Staatsanwalts ein wenig zu erläutern. Allerdings überläuft es Einen kalt, wenn man sich daran macht, diese Mengen Paragraphen zu erläutern, die nur so strotzen von hohen Geld- und Gefängnißstrafen.

Nach dem Schreiben des Herrn Staatsanwalts hat sich die Sache wie folgt verhalten. Es „soll“ in der Wohnung unsres Redakteurs eine nächtliche Thätigkeit wahrnehmbar gewesen sein, was Anlaß zu Denunziationen bot. Neugierig sind wir, woraus man geschlossen hat, daß in der Wohnung unsres Redakteurs zur Nachtzeit etwas vorgehe. Unserer Ansicht nach höchstens daraus, daß in der Wohnung ein Lämpchen gebrannt hat, — nun, daß dies das Lämpchen vor dem Muttergottesbilde war, das vermuthete man nicht, und durch die verhängten Fenster konnte nichts gesehen werden.

Jedenfalls brannte ein Licht — das stand fest. Inbetracht dessen fangen die Preußenköpfe an, sich Folgendes zusammenzureimen:

Da brennt ein Licht, — — augenscheinlich geht da etwas vor! (Denn dem sparsamen Preußen kommt es nicht in den Sinn, daß vor einem Muttergottesbilde ein Lämpchen brennen kann.) Was soll diese Nacharbeit? Wenn Nachts da etwas vorgeht, dann scheint dieses „etwas“ augenscheinlich das Tageslicht! Was kann das also sein? Bomben? Ach nein, Bomben nicht, nein, keine Bomben, aber jedenfalls etwas Gefährliches! Mit einmal geht den scharfsinnigen Preußenköpfen ein Licht auf: Hier haben wir es! Eine geheime Druckerei! Große Freude über den „geheimen“ Einfall! Aber mit einem Male wiederum große Bekümmerniß, denn — das ist zu wenig! Steht es doch Jedermann frei, eine geheime Druckerei zu haben, wenn es ihm beliebt. Also, also. — na, da mußte etwas mehr ausfindig gemacht werden. Gedruckt wurde in dieser Druckerei, aber was? Da verfallen die Preußenköpfe auf den Gedanken, daß daselbst Schriften gedruckt werden, die unter das Preßgesetz fallen. Aber auch das ist nichts, denn Vergehen gegen die §§ 6, 7, 9 und 19 werden mit höchstens 150 Mark Geldstrafe oder mit Haft bestraft. Das ist nichts! Solcher Bagatellen wegen verlohnt es sich nicht, Hausfuchungen zu veranstalten. Nun, und jetzt verfiel man auf soviel Vergehen und Verbrechen, daß Einem beim Anblick dieser Paragraphen und beim Ueberdenken der darin vorgesehenen Strafen das Blut in den Adern stockt. (Es folgt eine Angabe des Inhalts der §§ 185, 130, 131, 111, 95 und 85 Str.-G.-B.) Brrrr! ... Man schaudert, wenn man daran denkt! Und an alledem wird gewiß das Lämpchen vor dem Muttergottesbilde schuld sein.

Und auf derartige Vermuthungen stützte die Polizei den Antrag auf Veranstaltung einer Hausfuchung — auf solche Vermuthungen stützte der Herr Staatsanwalt seine Anordnung, daß im Hause unsres Redakteurs Hausfuchung gehalten werde. Es ist hier wirklich schwer, zu errathen, auf welcher Seite das größere Verdienst bei Veranstaltung der Hausfuchung gewesen ist, ob auf Seiten der Polizei oder auf Seiten des Herrn Staatsanwalts. Denn Herr Wichmann hat gelegentlich jener Hausfuchung gesagt, die Sache sei ihm sehr unangenehm, und er schützte die Anordnung des Staatsanwalts vor, der Herr Staatsanwalt behauptet wiederum, daß die Polizei den Antrag auf Veranstaltung einer Hausfuchung in der Wohnung unsres Redakteurs gestellt habe. Nun werde Einer flug daraus!

Wir wollen es dahingestellt lassen, wer an sich das größte Verdienst in Sachen der Abhaltung der Hausfuchung gehabt hat, und wollen dies auch nicht errathen, wir bemerken aber, daß man es sich hätte reiflich überlegen müssen, ehe man sich dafür entschied, zu so ungewöhnlicher Zeit eine derartig unerhörte Hausfuchung vorzunehmen, welche die Familie unsres Redakteurs in hohem Grade beunruhigen mußte, welche dies auch bewirkt und die gesammte polnische Bevölkerung aufgebracht hat.

Denn wir fragen jeden Menschen, ob die polnische Bevölkerung sich nicht beunruhigt fühlen, nicht erbittert werden muß, wenn sie sieht, daß die Polizei ohne den geringsten Grund, ohne den Schatten einer Spur irgend einer Uebertretung, zu früher Morgenstunde in die friedliche Behausung des Redakteurs eines polnischen Blattes eindringt und — eine geheime Druckerei sucht? Muß bei unsrer friedlichen polnischen Bevölkerung nicht die Befürchtung laut werden, daß auch in ihre Behausungen ebenfalls ohne den mindesten Anlaß Polizisten eindringen und Sachen suchen können, die sie ersichtlich niemals finden werden? Denn ebenso, wie man hier eine geheime Druckerei und verbrecherische Schriften vermuthet hat, so könnte man auch bei einer Frau, die z. B. einen Korb auf den Rücken trägt, darin Bomben vermuthen und der Sicherheit wegen bei ihr eine Hausfuchung abhalten, um sich zu überzeugen, ob in der Behausung nicht etwa eine Fabrik von Dynamitbomben eingerichtet sei. Wir glauben zwar nicht, daß der Herr Königliche Staatsanwalt die polnische Bevölkerung und insbesondere auch die polnischen Blätter habe absichtlich beunruhigen und reizen wollen, wir betonen aber, daß an sich jenes Suchen nach einer geheimen Druckerei in der Wohnung eines polnischen Redakteurs die polnische Bevölkerung und speziell die polnischen Blätter im höchsten Grade beunruhigt und gereizt hat. Möge sich dann die Königliche Staatsanwaltschaft nicht wundern, daß die polnischen Blätter angesichts derartiger Vorkommnisse in der Hitze allzudeutlich schreiben und allzutreffende Ausdrücke anwenden.

Angesichts dieses Vorgangs und angesichts des Bescheides des Herrn Staatsanwalts, welcher die ganze Sache in noch schlimmerem Lichte darstellt, wenden wir uns an die Regierung, damit dieselbe dafür Sorge, daß derartige, die polnische Bevölkerung beunruhigende und aufreizende Vorgänge sich nicht wiederholen.

Unsere Abgeordneten aber bitten wir sehr ergebenst und aufs Wärmste, diese Sache im preussischen Landtage und im deutschen Reichstage zur Sprache zu bringen. Mögen die Abgeordneten aus Staat und Reich wissen, was für Sachen in unseren polnischen Gegenden vorkommen!

Aus Nr. 11 der Gazeta Grudziadzka
vom 26. Januar 1899:

Eine neue Hausfuchung

hat am vorigen Sonnabend, etwa um 5 Uhr, in den Räumen der Gazeta Grudziadzka stattgefunden, und zwar nicht eine, sondern gar mehrere, denn die Polizei revidirte nicht nur die Redaktions- und Druckereiräume, sondern auch die Expeditionsräume, die Arbeitsstube unsers Verlegers, Herrn Kulerski, und zur Zugabe noch die Privatwohnung unsers Redakteurs Herrn Majerski — diesmal auf Anordnung des Amtsgerichts, natürlich auf den Antrag des Herrn Staatsanwalts hin. Man suchte das

Manuskript des in Nr. 3 der Gazeta Grudziöndzka gebrachten Artikels „Der königliche Herr Staatsanwalt.“

Schon die letzte, in der Behauptung des Herrn Majerski vorgenommene Hausdurchsuchung war unerhört; doch muß man zugeben, daß die hiesige Polizei Fortschritte macht; denn sie nahm sich bei Gelegenheit dieser letzten Hausdurchsuchung ein noch mehr Staunen erregendes Verfahren heraus. Wenn es so weiter gehen wird, dann können wir eines schönen Tages noch sehr „niedlicher“ Dinge gewärtig sein.

Diese neue Hausdurchsuchung wurde unter einem ungeheuren Aufwande von Vorsichtsmaßregeln ins Werk gesetzt; denn es erschien nicht nur Herr Inspektor Wichmann in Begleitung zweier in Zivil gekleideter Beamten im Hause der Gazeta Grudziöndzka, sondern er stellte noch je einen Sicherheitswächter vor dem Gebäude und vor der Wohnung des Herrn Majerski auf. Augenscheinlich befürchtete man, daß dem gesuchten Manuskript plötzlich Füße wachsen und es sich weit fortmachen könnte. Als die Hausdurchsuchung in der Expedition stattfand, wo die Nummer gesucht wurde, in welcher jener Artikel enthalten war, kam gerade Herr Majerski und wollte sich durch die Expeditionsräume in die Redaktion begeben. Der Herr Inspektor befahl ihm, in der Expedition zu bleiben, womit Herr Majerski nicht einverstanden sein wollte, da sein Platz nicht in der Expedition, sondern in der Redaktion ist. Demgegenüber sagte Herr Wichmann: „Wenn ich Ihnen sage, Sie sollen hierbleiben, dann bleiben Sie hier!“ Als Herr Majerski dessen ungeachtet durchaus die Expedition verlassen wollte, rief Herr Wichmann einen mit der Pickelhaube bedeckten Polizisten herbei und ließ Herrn Majerski mit Gewalt anhalten, ihn auf derart unberechtigte Weise der Freiheit beraubend.

Indessen kam unser Verleger Herr Kulerski mit der Strafprozeßordnung in der Hand herbei und bedeutete Herrn Wichmann unter Hinweis auf die bezüglichen Paragraphen, daß der Genannte kein Recht habe, Herrn Majerski zum Verbleiben in der Expedition zu zwingen. Dieser Hinweis half jedoch nichts. Nachdem die Hausdurchsuchung in der Expedition beendet war, begab sich die Polizei mit Herrn Majerski in die Redaktion. Nach Durchsuchung derselben durchstöberte man noch das Arbeitszimmer unseres Verlegers, und dann begaben sich die Polizeibeamten in die Wohnung des Herrn Majerski, wo ebenfalls eine Hausdurchsuchung veranstaltet wurde, diesmal nur eine sehr kurze. Das gesuchte Manuskript, wegen dessen sich die Polizei soviel Mühe gemacht hat, fand man natürlich nicht; denn dasselbe war noch an dem Tage, an welchem es gedruckt worden war, in Rauch verwandelt worden. Sei es, wie es wolle, in unserm Grauden gehören unerwartete und außergewöhnliche Dinge nicht zu den Seltenheiten.

Es ist auch sicher, daß man kein anderes Blatt derart mit außerordentlichen Hausdurchsuchungen beglückt. Es ist auch gewiß keinem anderen polnischen Redakteur passiert, daß man ihn ohne gerichtliches Urtheil der Freiheit beraubt. Grauden geht doch stets mit dem Beispiel voran. Wir glauben jedoch, daß die Hausdurchsuchung diesmal den Herren Polizisten theuer zu stehen kommen wird — denn diesmal werden auch wir den Kampf mit Hilfe der Paragraphen (des Gesetzes) aufnehmen. Uebrigens wird der Herr Minister von dieser Angelegenheit erfahren, auch der preussische Landtag, denn es ist nöthig, daß letzterer von solchen Sachen Kenntniß erhalte. Vielleicht werden die Herren Minister und die deutschen Abgeordneten schließlich begreifen, weshalb den polnischen Zeitungen die Geduld ausgeht. Denn an-

gesichts solcher Vorgänge, wie es der obengeschilderte und die erste in diesem Jahre abgehaltene Revision gewesen sind, ist es in der That schwer, kaltes Blut zu behalten.

Aus Nr. 23 der Gazeta Toruńska
vom 28. Januar 1899:

„Polnische Hexpresse.“ „Die reinste Blasphemie.“

Man schreibt uns:

„Blitz und Donnerwetter haben die Welt von der Ostsee bis zur Spree, von Danzig bis Berlin in Aufruhr versetzt, und das Echo hallte an den Mauern Posen wieder. Doch sei dem Himmel Dank, daß Niemand erschlagen wurde, und daß wiederum die gewöhnliche Alltagsstille, daß heiteres Wetter eingetreten ist.

Und was war denn geschehen? Eigentlich nichts! Es gab nur ein wenig Händereien, Augenverdrehen und „heilige“ Entrüstung über „die polnische Hexpresse“ und „die reinste Blasphemie“.

Das Westpreussische Volksblatt, die Germania, und der Dziennik und Kurjer Poznański mit ihnen, erhoben ihre Stimme zum Schutze der vorgeblich bedrohten katholischen Sache, welche die Gazeta Toruńska mit Füßen getreten haben soll, indem sie sich in einem, die Wahl des neuen Bischofs behandelnden Briefe „die reinste Blasphemie“ soll haben zu Schulden kommen lassen. Die Redaktion hat dieses Vorgehen mit Recht „einen Anfall auf offenem Wege“ genannt; möge sie mir jedoch ebenfalls gestatten, noch ein Wort in dieser Angelegenheit zu sagen, um dem Leser zu erklären, worum es sich eigentlich handelt.

Den katholischen und nichtkatholischen Germanisatoren, oder, wie man sie allgemein nennt, den H.-A.-Listen, ist die polnische Presse überaus unbequem, ein Dorn im Auge, denn „sie heßt“, d. h. sie weckt das polnische Volk zum Bewußtsein. Jeder Redakteur arbeitet auf seine Art, damit sich das polnische Volk gegen die Germanisirung wehre und an der Sprache, sowie am Glauben der Väter festhalte.

Wo Holz gehauen wird, da fallen Spähne. Selbstverständlich haut auch die polnische Presse glücklich oder minder glücklich, wie es kommt, jedoch die Spähne herumfliegen; doch die Spähne kommen ins Feuer, das gute Holz aber wird zum Bauen verwendet. — So verfährt übrigens jede Presse, sei es nun die polnische oder die deutsche.

Die Deutschen nennen das in ihrer anmuthigen Sprache „hexen“, und daher kommen die Ausdrücke „Hexpresse, Hexartikel, Hexkaplan.“ Wenn also Jemandem ein Blatt mißfällt, so nennt er es „Hexblatt“. Daraus ist zu ersehen, von welcher Liebe die Germania und das Westpreussische Volksblatt unseren polnischen Zeitungen gegenüber entbrannt sind, wenn beide Blätter einen Artikel, betitelt „Polnische Hexpresse“ veröffentlichen.

Das ist Eins, und nunmehr zum Anderen!

Sehe man sich einmal diese Kreuzritternatur an! Ihr Korrespondent, der gegenüber seinen Nachbarn die Urheberchaft jenes angegriffenen Artikels nicht abtueget, hat denselben, wie ich bestimmt weiß, in guter Absicht geschrieben. Und was thun die Schreiberseelen von der Germania und vom Westpreussischen Volksblatt? Sie schnitten ihm Ohren, Nase, Hände und Füße ab und warfen den so verunstalteten Kumpf auf den Danziger Markt und aufs

Berliner Straßenpflaster mit dem Rufe: „Seht, welch Ungeheuer! Das ist kein Katholik, sondern ein Atheist, ein Blasphemist!“ „Wir weisen derartige Ausführungen des polnischen Hezblattes mit Entrüstung zurück. So schreibt kein katholisches Blatt über eine Bischofswahl! Das ist ja die reinste Blasphemie!“ so ruft voll Entrüstung die Germania, dieselbe Germania, die über die amerikanischen Bischöfe Ireland und Keane nicht nur „Hez-“, sondern Schauderartikel schreibt, so daß Jemand allen Ernstes glauben könnte, Erzbischof Ireland verpeijet thatsächlich zum Frühstück einen Deutschen, zu Mittag einen zweiten und zum Abendbrot einen dritten.

O, kreuzritterliche Heuchelei! Schreien, das ist deine Spezialität! Wenn Jemand schreit, so thut er es deshalb, weil seine schmerzhafteste Wunde berührt worden ist, oder er schreit aus Heuchelei. Wir wissen nicht, ob der von der Germania angegriffene Artikel eine sehr schmerzhafteste Wunde getroffen hat, oder ob man aus Heuchelei schreit. Wo ist in jenem Artikel etwas Unkatholisches oder „die reinste Blasphemie“ enthalten? Wer begeht eine Blasphemie? Der Katechismus sagt: „Derjenige, welcher mit Verachtung von Gott, den Heiligen, oder von heiligen Sachen spricht oder ihnen flucht.“ Nicht einen Schatten von Verachtung heiliger Sachen findet man in dem Artikel der Gazeta Torunska. Darum sage ich: „Ihr Schreiberseelen vom Westpreussischen Volksblatt, von der Germania, vom Dziennik und Kurjer Pohnanski kennt manchmal die einfachsten Katechismusbewahrheiten nicht, und Ihr wollt andere darüber belehren, was katholisch ist und was nicht, was eine Blasphemie und was keine ist? Doch legen wir den Finger in die schmerzendste Wunde!“

Argen Schmerz hat die Bemerkung jenes Artikels hervorgerufen, daß nicht wir Polen, sondern Diejenigen, welche vom Herrn Bischof Germanisirung fordern werden, diesem viel Unannehmlichkeit bereiten würden. Darum diese Entrüstung über „die polnische Hezpresse“, sowie über die Gazeta Torunska!

Vor nicht langer Zeit verlangte ein gewisser Bischof von einem polnischen Redakteur, daß dieser ein gewisses polnisches Blatt kassiren solle. Als der Redakteur sich dieser Forderung widersetzte, rief der Herr Bischof schmerzlich aus: „Aber ich will doch meine Ruhe haben!“ Wer hat ihm denn die Ruhe geraubt? Nicht der Redakteur, sondern Jemand anders, der durch den Herrn Bischof das polnische Blatt treffen wollte.

„Sie können sich garnicht vorstellen, was man heutzutage von einem katholischen Bischof verlangt“, — so sagte in einer ähnlichen Angelegenheit Schmerz bewegt ein anderer Bischof.

Es verschlägt nichts, wenn man den Schleier fortzieht, der sich über Geheimnisse breitet, die hinter den Kulissen vorgehen. In einer gewissen Audienz war die Rede von dem verstorbenen Bischof Redner. Ein gewisser Herr lobte den genannten Bischof, fügte aber hinzu, daß ihm der Nachbarbischof besser gefalle, da dieser gegen die polnischen Zeitungen auftrete, während der verstorbene Bischof dies nie gethan habe, — „denn er war schlau.“ Ei, doch wohl nicht schlau, sondern weise erwägend und gerecht! Indem die Redaktion also sich dahin äußerte, daß man auf den neu gewählten Bischof einen ähnlichen Druck ausüben könnte, hat sie ja doch nichts Außergewöhnliches gesagt. Die Wahrheit schmerzt, und die Germanisatoren können diese Wahrheit nicht vertragen, daher ihr Schreien und ihre Entrüstung.

Was die „Koschneider“ (gemeint sind gewisse deutschkatholische Bauern in den Kreisen Konitz, Tuchel u. s. w.) anbetrifft, so muß aufrichtig zuge-

geben werden, daß es ebenso gute Leute unter ihnen giebt, als minder gute, und zu den Besten gehört der neugewählte Bischof. (Derselbe stammt bekanntlich aus einer Familie der gedachten Art.)

Schließlich mache ich auf die Wandlung in der Kampfestaktik aufmerksam. Zu Zeiten des Kulturkampfes schlug man hauptsächlich auf die Herren Bischöfe los, man verhängte Geldstrafen über sie und packte sie ins Gefängniß. Den Herren Golembiewski, Kubezak u. s. w. gab man für ihre Auflehnung gegen der Bischöfe Gewalt Propsteien, und Gendarmen und Militär standen zu ihrem Schutze bereit. Bald nahm man wahr, daß diese Kampfesart nicht zum Ziele führe, da der Empörer zu wenige waren. Man ließ also eine Aenderung in der Kampfesmethode eintreten. Jetzt wirft sich der H.-K.-Tismus den Bischöfen an den Hals, er streut ihnen Weihrauch und fordert von Ihnen lediglich, daß sie die Deutschkatholiken „verteidigen“ sollen. Und wenn irgend ein Geistlicher mit dieser Verteidigung nicht einverstanden sein will, so hört man sofort Klagen über „demokratischen Geist im niederen Klerus“, über den „Geist der Unbotmäßigkeit und Auflehnung gegen die kirchliche Obrigkeit“, denn zunächst soll Alles deutsch sein, sodann Bußtag der erste Feiertag, Charfreitag der zweite und Todten-sonntag wahrscheinlich der dritte. Dann aber wird eintreten, was Bismarck wünschte: „Möge Jeder glauben, was er will, denn der H.-K.-Tismus einigt uns Alle!“

Aus Nr. 11 der Gazeta Gdańska
vom 26. Januar 1899:

Unter dem Pseudonym „Bartek Powinoga“, hinter welchem sich offenbar ein Geistlicher verbirgt, erwidert ein Korrespondent der Gazeta Gdańska auf einen Artikel des Bielgrzym u. A. Folgendes:

„Was die Aufnahme von polnischen Klerikern ins Priesterseminar betrifft, so würde ich dem „Freund der Wahrheit“ (gemeint ist der Berichterstatter des Bielgrzym) rathen, seine Informationen aus glaubwürdigerer Quelle zu schöpfen. Ja, Freund, die Polen müssen nach anderen Provinzen wandern, denn in Pöplin finden sie keine Aufnahme. Allzu naiv behauptet hier der liebe „Freund der Wahrheit“, daß man keinem der Polen, die sich nach anderen Diözesen gewandt haben, die Aufnahme ins Pöpliner Seminar verjagt habe, es sei denn in „gerechtfertigten“ Fällen. Aha! „in gerechtfertigten Fällen!“ Ein solcher „gerechtfertigter“ Fall liegt für einen Polen z. B. vor, wenn er zuerst etwas Anderes studirt, z. B. Jura, Philologie u. s. w. — für einen Deutschen — ja, Bauer, das ist was Anderes! Es hatten zwei das consilium abeundi erhalten, ein Pole und ein Deutscher, der Pole deswegen, weil er kranke Augen hatte, ungeachtet dessen, daß der berühmte Augenarzt Dr. Wicherkiewicz bescheinigt hatte, daß nicht die mindeste Gefahr vorliege u. Er mußte fort, da man ihn von vorn herein jagte, er werde, selbst wenn er bleibe, die Weihen nicht erhalten. Der Deutsche hatte das consilium abeundi erhalten, wegen einer Mensur, — er blieb — und wird wahrscheinlich auch geweiht werden. Jener Pole ist Diakon und Präsekt im Pösemer Seminar. Wahr ist, daß einige (Polen) von vornherein angeblich freiwillig in andere Diözesen gegangen sind. Weshalb? Weil sie gewisse traurige Erscheinungen im Seminar und in unsrer Diözese abgeschreckt haben.

„Freund der Wahrheit!“ Glaubst Du, daß Selsissimus in Pösen nicht wie jeder andre Bischof

ganz genau untersucht, wenn es sich um die Aufnahme eines fremden Klerikers handelt, und daß er nur dann die Aufnahme erfolgen läßt, wenn er sich augenscheinlich überzeugt hat, daß kein Hinderungsgrund vorliegt? Ich könnte Dir noch andre Beispiele von Unparteilichkeit angeben. Auch kann ich Dir ins Ohr sagen, daß man während der letzten Adoration das boykottirte „Serdeczna Matko“ (Herzliebe Mutter) gesungen und einem Kleriker dafür die Honorarstundung genommen hat. Mehr darüber zu äußern halte ich für überflüssig. Sapienti sat, — und dem „Freunde der Wahrheit“ gewiß auch!

Wir haben gegenwärtig einen neugewählten Bischof und an dessen würdige Person wage ich mich mit folgenden Worten zu wenden:

Hochwürdigster Herr Bischof! Eine ganze Reihe von Jahren hast Du die sichtliche Ungerechtigkeit gesehen, die den katholischen Polen im Seminar, woselbst Du gehorsam der Vollstrecker eines anderen Willens warst, und in der Diözese ebenfalls zugefügt worden ist. Du hast gesehen und Dich gewiß auch davon überzeugt, wie unerträglich und ungerecht das Regiment einer Person ist, die überall nur ihr unerreichbares „Ich“ sieht und danach entscheidet, ohne sich an die Gerechtigkeit zu kehren.

Dieser Tage ist in vielen Kirchen ein Christuskrüpplein zur Schau gestellt worden. Wir sehen da neben dem Jesuskinde und der Gottesmutter auch den hl. Joseph. Wie kommt der hl. Joseph dahin? Die hl. Schrift sagt von ihm: „Und Joseph, der da gerecht war“... Der Gerechtigkeit wegen hat ihm Gott die Hut über seinen eingebornen Sohn und über die allerheiligste Jungfrau Maria übertragen. Er ist auch Patron der katholischen Kirche. „Und Joseph, der da gerecht war“...

In diesem Worte „gerecht“ sind alle Tugenden und Vorzüge eingeschlossen.

Hochwürdigster Herr Bischof! Verwalte unsre Diözese der Gerechtigkeit gemäß! Wir katholischen Polen bitten Dich um nichts weiter, als „Esto justus!“ gemäß den Worten des hl. Paulus an Titus: „Oportet enim episcopum esse justum.“ Auf Händen werden wir Dich dann tragen, und wenn Du von dieser Welt scheiden wirst, welcher Ruhm, wird es dann vor Gott und vor den Menschen für Dich sein, wenn kindliche Dankbarkeit Dir wird auf den Grabstein schreiben können: „Er war ein gerechter Bischof! Erat enim justus!“

Aus Nr. 12 der Gazeta Gdańska
vom 28. Januar 1899:

Aus der Diözese.

Da Bartek Powinoga (Pseudonym) in seiner letzten Zuschrift die Angelegenheit der Kleriker (siehe vorliegende Nummer des Gesamtüberblicks), welche das Lied „Serdeczna Matko“ (Herzliebe Mutter) sangen, berührte, deshalb will ich diese Sache näher erklären in der Hoffnung, daß der Bielgrzym dies wiederholen wird:

Mit dem Anfange der Adventzeit beginnen in der Kathedrale die Andachten der immerwährenden Anbetung. Aus diesem Grunde fallen im Seminar die Vorlesungen aus und es ist den Klerikern jederzeit, am Tage wie auch in der Nacht erlaubt, in die Kathedrale zu gehen. Es pflegen dann die Kleriker, namentlich diejenigen, welche singen können, in der Nacht freiwillig in die Kirche zu gehen, dort gemeinschaftlich zu beten und zu singen und hauptsächlich

in der Zeit, wo die Kirche am Wenigsten vom Publikum besucht ist. So war es auch dies Jahr!

Also in der Nacht freiwillig (ex devotione) und nicht auf Befehl der Vorgesetzten gingen die Kleriker beten, wobei sie das Lied „Serdeczna Matko“ nach der im Seminar verbotenen Melodie sangen.

Demjenigen, welcher dieses Lied intonirte, wurde die Unterstützung entzogen. — Ob dies recht ist? Meiner Ansicht nach nicht!! Sollte es recht sein, dann wäre es den Klerikern nicht erlaubt, dieses Lied weder bei sich im Zimmer, noch auch während der Ferien in der Kirche ihres Dorfschens zu singen. Im besagten Falle sangen sie in der Kathedrale freiwillig, privatim, „ex devotione“ und dennoch wurden sie bestraft.

Anderes würde die Sache liegen, wenn die Kleriker an der immerwährenden Anbetung in der Kathedrale auf Befehl des Regens theilgenommen und dann jenes Lied gesungen hätten; darin hätte man schließlich einen Ungehorsam erblicken können. Aber so, wie sich die Sache abspielte und wie sie oben näher beschrieben, war es nicht im Mindesten eine Verbotsübertretung. Den Bielgrzym bitte ich diese Worte zu wiederholen, denn ich habe von verschiedenen Lesern dieses Blattes, welche die Angelegenheit nicht kannten, Worte der Entrüstung gegen die Kleriker äußern hören; erst nachdem ich ihnen den Sachverhalt erklärt hatte mußten sie mir Recht geben.

Aus Nr. 21 der Gazeta Toruńska
vom 26. Januar 1899:

Danzig, einstmals unsre Stadt, wird wieder uns gehören — so lesen wir im „Pan Tadeusz“ von Mickiewicz. Heute ist es in Danzig mit der polnischen Sprache sehr schlecht bestellt. Wir wundern uns deshalb nicht, daß man dort unsre Artikel nicht versteht und uns den biedereren Kassuben gegenüber so hinstellt, als ob wir den verdeutschten Städten freundlicher gesinnt seien, als den polnischen Landwirthen. Sofern sich die Mickiewicz'schen Prophezeiungen bewahrheiten, werden diese leeren Geschwätze aufhören.

Aus Nr. 12 der Gazeta Grudziądzka
vom 28. Januar 1899:

Erwiderung an den Propst Dr. Borschki in Lauenburg.

Vor nicht langer Zeit las ich in der Gazeta Grudziądzka, daß der Pfarrer Borschki in seinen Predigten auf die Polen und vor allem auf die polnischen Zeitungen geschimpft habe, daß diese dem Bischof Schwierigkeiten bereiteten, und diesem seine an und für sich schwierige Stellung noch mehr erschwerten. Als ich diese Korrespondenz las, dachte ich mir, daß entweder die Korrespondenz falsch sei, d. h. nicht die Wahrheit enthalte, oder daß der Pfarrer B. von der Kanzel herab die Unwahrheit gesprochen habe. Ich hatte auch gleich die Absicht hiergegen zu protestiren, aber weil ich glaubte, daß der Pfarrer die Korrespondenz berichtigen, d. h. darthun wird, daß dieselbe der Wahrheit nicht entspricht, that ich dies nicht. Weil Herr B. dies nicht gethan hat, nehme ich an, daß der Korrespondent die Wahrheit geschrieben hat. Als Beweis dafür, daß die Ausführungen des Pfarrers B. irrig sind, erlaube ich mir, ihm Folgendes ins Gedächtniß zu rufen:

Wahrscheinlich erinnert sich Herr B. noch daran, daß er Propst in Schwarzenau war, und daß während seines Aufenthalts dortselbst eine neue Kirche in Bischofswerder gebaut wurde, welche der verstorbene Bischof übergeben hat. Doch wer war es denn, welcher sich damals hiergegen widersetzte, indem er von seiner Pfarochie für die neu zu schaffende Pfarochie nicht einmal ein paar Dörfchen abgeben wollte? Die auf diese Weise bereiteten Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten verspürte der verstorbene Bischof so sehr, daß er, als er zur Einweihung der Kirche nach Bischofswerder kam und während des Essens eine Rede hielt, nachdem er allen Wohlthätern und Helfern für die Unterstützung gedankt hatte, ausdrücklich hinzufügte, er trinke nicht auf das Wohl derjenigen, die sich seinem Werke widersetzt hätten. Wer fühlte sich wohl durch diese letzten Worte getroffen? War es nicht Pfarrer B., welcher gleich nach dem Essen an den Bischof die Frage richtete, wen er denn gemeint habe und nachdem er eine unfreundliche Antwort erhalten hatte, sofort nach Hause fuhr?

Ich frage den Pfarrer B. weiter: wie heißt der Pfarrer, welcher unter Uebergehung des Bischofs sich beim Oberpräsidenten um die Lauenburger Propstei beworben hat? Mußte ein solches Benehmen den Bischof nicht kränken? Vielleicht ist dem Pfarrer B. auch bekannt, wer den verstorbenen Bischof Redner kurz vor dessen Tode in Rom denunziert hat? Wenn er dies nicht weiß, so werde ich ihm sagen, daß seine Landsleute, der Hans und seine Duzbrüder in Danzig alten Schmutz zu Tage gefördert haben, sodaß der verstorbene Bischof vor seinem Tode selbst sagte, daß ihm Niemand soviel Plackereien bereitet hat, als die deutschen Geistlichen.

Also nicht die polnischen Zeitungen und die Polen erschweren dem Bischof die Thätigkeit in der Diözese, vielmehr die germanisatorischen Geistlichen und Streber.

Ich rathe dem Pfarrer B. daher die Kanzel nicht zum Kampfe gegen die Polen zu benutzen, denn solche Sachen gehören nicht in die Kirche.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 22 des Dziennik Slaski
vom 27. Januar 1899:

Im Anschluß an die in Nr. 14 des Dziennik Slonski geschilderten Verhältnisse der polnischen Vereine in Oberschlesien (sfr. Nr. 4 des Gesamtüberblicks) bringt das bezeichnete Blatt in Nr. 22 noch Folgendes:

Mit diesen Schwierigkeiten ist es noch nicht abgethan. Der Verein (gemeint ist der Verein katholischer Männer und Jünglinge) hatte in Karb, im Café des Herrn Paul ein durch den Vorstehenden Herrn Grabow für ein ganzes Jahr gemiethetes Lokal, in welchem sich die Mitglieder versammelten. Herr Paul wurde denunziert, daß er Bier verschenke; dies war jedoch unwahr, deshalb hat die Denunziation nichts geholfen. Obwohl Bier im Lokale getrunken wurde, stellte es sich heraus, daß dies eine vollkommen private Einrichtung gewesen ist und Herr Paul das Bier nicht besorgt hatte. Jetzt wurde von der Polizei die Abhaltung von Versammlungen untersagt und hierbei kein Gesetzes-Paragraph angegeben, auf den sich das Verbot stützte. Am Sonntag, den 22. Januar, wurde die Versammlung des Vereins in dem Paul'schen Lokale durch die Polizei-Beamten Rubon und Duden aufgelöst. — Daraufhin strengte Herr Paul gegen die Polizei auf dem Verwaltungswege einen Prozeß

an, aber auch der Verein wird wohl diese Angelegenheit nicht so hingehen lassen.

Ein solches Dasein führt der Verein, obwohl dies nur ein Theil der Schwierigkeiten und Hindernisse ist. Jedoch im Vertrauen auf die Gerechtigkeit Gottes stehen die Mitglieder fest Hand in Hand und verlieren nicht den Muth. Je mehr Schwierigkeiten und Hindernisse, desto größer ist die Brüderlichkeit, Liebe und Einigkeit. Preis und Ehre sei denjenigen, welche an der Spitze des Vereins stehen und die gerechte, polnisch-katholische Sache nicht verlassen. Ehre den Mitgliedern und Freunden des Vereins für ihre Ausdauer im Kampfe um die gerechte Sache.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 23 des Dziennik Berliński
vom 28. Januar 1899:

Jahresbericht über die Thätigkeit des polnisch-katholischen Vereins „Sobieski“ in Brandenburg.

Wiederum ist ein Jahr verflossen, das achte unserer Arbeit, welche für uns erfreulich gewesen ist und reichliche Früchte getragen hat, denn der Verein hat sich sehr gekräftigt. An unseren Versammlungen haben immer mehr Polen Theil genommen und zwar wahrhafte Prachtstücke, einer reichte dem andern die Bruderhand, daß es eine Freude war, die Versammlungen zu besuchen. Der sozialistische Verein unter dem Namen „Tadeusz Kosciuszko“ konnte uns wenig schaden, da wir unsere Mitglieder sorglich überwachen. Wir haben die Hoffnung, daß auch jene Polen mit der Zeit zu einer besseren Ueberzeugung kommen, unserm polnisch-katholischen Vereine beitreten, und uns in der Pflege unserer polnischen Sprache, unserer Religion und unserer vaterländischen Gefühle unterstützen werden.

Im Anfange des Monats Juni v. Js. besuchte uns auf Veranlassung des „St. Isidor-Vereins“ aus Berlin ein Geistlicher — ein Klosterbruder —, um unsere religiösen Bedürfnisse zu befriedigen, wobei ein feierlicher Gottesdienst mit polnischem Gesange abgehalten wurde. Jener Klosterbruder hielt uns eine schöne polnische Predigt und der Verein, sowie auch viele andere Polen, welche hier in den Ziegeleien arbeiten, gingen gemeinschaftlich zum heiligen Abendmahl. —

Im vergangenen Vierteljahre haben wir unter dem Vorsitz des Herrn Gzaskowski eine Gesangs-Abtheilung gebildet, welche sich gut entwickelt und bereits 20 Sänger zählt.

Im vergangenen Jahre hatten wir 23 Versammlungen, von welchen eine zur Feier des hundertjährigen Geburtstages des Dichters Mickiewicz, verbunden mit verschiedenen Deklamationen und Vorlesungen, festlich begangen wurde.

An den ordentlichen Versammlungen haben durchschnittlich 25 Mitglieder Theil genommen. Der Verein arrangirte vier Vergnügungen, darunter das Stiftungsfest, bei welchem zwei Theaterstücke: „Häuslicher Zwist“ und „Aus Liebe sterben“ gespielt wurden. Mit besonderer Feierlichkeit wurde das letzte Vergnügen am 13. November v. Js., als achter Jahrestag der Gründung des Vereins, begangen, an welchem Fest auch der Redakteur Herr Wrobel aus Berlin als Delegirter Theil genommen hat. Er weckte in einer schönen Rede den vaterländischen Geist

und munterte gleichzeitig zum Lesen polnischer Zeitungen auf.

Am zweiten Weihnachtsfeiertage veranstalteten wir eine Weihnachtsbescherung, zu welcher außer vielen Erwachsenen gegen 70 Kinder erschienen sind. Bei dem brennenden Weihnachtsbaum und dem Theilen der Oblate nach altpolnischem Brauch, sangen wir die Lieder: „Es liegt in der Krippe“ und „der Engel verkündete den Hirten“, wonach Herr Kirszt einige rührende Worte in polnischer und deutscher Sprache an die Kinder richtete, denn leider sprachen nicht alle Kinder polnisch. — Hierauf wurden Fabeln, polnische Bücher und verschiedene andere Geschenke vertheilt.

Im Anfange des Jahres hatten wir 56 Mitglieder und ein Ehrenmitglied; hinzugetreten sind 10 Mitglieder. Der Verein zählt also für das laufende Jahr 66 Mitglieder, sowie ein Ehrenmitglied und zwar den hochwürdigen Propst Wawrzyniak.

Bei einer Einnahme von 280 Mk. 16 Pf. und einer Ausgabe von 224 Mk. 17 Pf., verbleibt ein Kassenbestand von 55 Mk. 99 Pf. — Die Armenkasse besitzt ein Vermögen von 220 Mk.

Der Verein abonniert den Dziennik Berlinski und die Praca.

Zum Vorstande des Vereins gehören folgende Herren: Czajkowski, Vorsitzender, Bielawski, Kassirer, Kolodziejczak, Schriftführer, Kotus, Vergnügungsordner, Kwiattowski, Bibliothekar.

Die Versammlungen werden alle 14 Tage im Lokale des Herrn Brecht, Marktplatz Nr. 29 abgehalten.

Allen Landsleuten in der Fremde übermitteln wir herzliche Glückwünsche, indem wir ihnen das beste Wohlergehen im neuen Jahre wünschen.

Im Namen des Vorstandes

Fr. Kolodziejczak,
Schriftführer.

Nus Nr. 11 des Wiarus Polski

vom 26. Januar 1899:

Jahresbericht des polnisch-katholischen Vereins unter dem Protektorat der heiligen Barbara

für die Zeit vom 1. Januar 1898 bis 1. Januar 1899.

Helmstedt in Braunschweig.

Unser Verein hielt in dieser Zeit 14 Sitzungen ab und zwar 13 ordentliche und eine Vorstandssitzung. Der Verein zählt gegenwärtig 33 aktive und 2 Ehrenmitglieder, nämlich den Pfarrer Franz Wichers und den Pfarrer Leupke. Die Mitglieder und Gäste nahmen an den Sitzungen ziemlich zahlreich theil, in welchen Evangelien und Vorträge aus diesen gehalten wurden.

Die Einnahmen unseres Vereins im verflossenen Jahre betrugen 256,73 Mk., die Ausgaben 201,40 Mk., es verbleiben demnach in der Kasse 55,33 Mk. In der Bibliothek befinden sich 40 Bücher, die Theaterbibliothek zählt 7 Bücher. Der Verein abonniert den Wiarus Polski. In jeder Sitzung werden die Zeitungen unter die Mitglieder vertheilt. In der vorgenannten Zeit veranstaltete der Verein zwei größere Vergnügungen, verbunden mit einer Liebhabers-theatervorstellung. Mit der Fahne trat der Verein dreimal auf; er ließ zwei heilige Messen lesen und zwar auf sein Wohlgedeihen; wir wollen noch

hervorheben, daß die Theaterdarsteller sich ihrer Rollen zu allgemeiner Zufriedenheit entledigten.

In den neuen Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt:

Pfarrer Franz Wichers als Ehrenvorsitzender, Andreas Musial als Vorsitzender, Johann Klimet als Stellvertreter, Ludwig Lakomski als Schriftführer, Michael Langner als dessen Stellvertreter, Johann Starke als Kassirer, Johann Blaszczyński als Stellvertreter, Konstantin Nawrat als Bibliothekar, Johann Kaczmarek als Stellvertreter, Krawczyk als Vergnügungsdirektor, Roguczek als Fahnenführer, Krawczyk und Siekierski als Fahnenjunker, Wall und Pinski als Beisitzer, Ludwig Langner als Kollekteur.

Alle den Verein betreffenden Briefe erbitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers

Andreas Musial, Ludwig Lakomski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Nus Nr. 11 des Wiarus Polski

vom 26. Januar 1899:

Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des polnisch-katholischen Gesang-Vereins Lutnia in Helbra

vom 16. Januar 1898 bis 15. Januar 1899.

Helbra bei Eisleben.

Anfang des Jahres zählte der Verein 52 Mitglieder. Es traten ihm bei 8 Mitglieder, 5 traten wegen Arbeitsveränderung aus, verbleiben demnach für das neue Jahr 55 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 338,53 Mk., die Ausgaben 295,55 Mk., es verbleiben demnach in der Kasse 42,98 Mk. Der Verein trat mit der Fahne dreimal auf, ohne Fahne einmal. Er veranstaltete im verflossenen Jahre drei Vergnügungen und einen Familienabend, verbunden mit einer Weihnachtsfeier. Theatervorstellungen fanden zwei statt, es wurden folgende Stücke aufgeführt: „An der Weichsel“ und „Müller und Schornsteinfeger.“ An den Sitzungen nahmen durchschnittlich 36 Mitglieder theil. Der Verein abonniert den Wiarus Polski. Er besitzt 10 Bücher, zum größten Theil Gesangbücher. Es fanden 12 ordentliche und eine Generalversammlung statt. Zum Vorstande gehören: Johann Gajda als Vorsitzender, Antonius Morela als Stellvertreter, Thomas Kaczmarek als Schriftführer, Sebastian Dremek als Stellvertreter, Johann Siebierski als Schatzmeister, Nikolaus Nowak als Stellvertreter, Johann Woziwocki als Fahnenführer, Lorenz Adamczewski als Stellvertreter, Johann Przybyl und Martin Jaroni als Beisitzer, Johann Jilary und Andreas Rudkowski als Beisitzer, W. Kasperel als Dirigent. Die Gesangsstunden finden jeden Sonntag im Lokal des Herrn Kozłowski statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden Johann Gajda oder des Schriftführers Thomas Kaczmarek in Helbra zu übersenden.

Der Vorstand.

Aus Nr. 12 des Wiarus Polski
vom 28. Januar 1899:

Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins unter dem Patronat des heiligen Josef in Essen

für die Zeit vom 1. Januar 1898 bis 1. Januar 1899.
Essen.

Der Verein zählte 103 Mitglieder, wegen Arbeitsveränderung traten 10 aus, wegen unregelmäßiger Zahlung der Monatsbeiträge wurden acht gestrichen, es verbleiben demnach 85 aktive Mitglieder. Ordentliche Versammlungen fanden 24 statt, außerordentliche vier. Auf das Wohl des Vereins wurden zwei Messen gelesen. Der Verein besitzt eine Bibliothek, welche sich aus 122 Büchern zusammensetzt, die Eigentum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. Er nahm an sechs Feierlichkeiten benachbarter Vereine theil. Er abonniert den Wiarus Polski, den Gonic Wielkopolski, die Gazeta Gdanska und den Polak aus Krakau. Vergnügungen veranstaltete er drei und eine gemeinschaftliche Weihnachtsfeier. Die Einnahmen betrugen 688,11 Mk., die Ausgaben 550,01 Mk., es verbleiben demnach in der Kasse 138,10 Mk.

In den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: B. Juntowicz als Vorsitzender, P. Klos als Stellvertreter, A. Janicki als Schriftführer, T. Nowak als dessen Stellvertreter, W. Kozłowicz als Schatzmeister, L. Merczynski als dessen Stellvertreter, P. Sawicki als Fahnenträger, A. Urbanek als Stellvertreter, A. Kosmin als Fahnenjunker, P. Straus als Stellvertreter, als Kassenrevisoren St. Wielebinski und J. Kurowski, als Beisitzer A. Patterski und J. Gózdziowski.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

B. Juntowicz, A. Janicki,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 12 des Wiarus Polski
vom 28. Januar 1899:

Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins unter dem Patronat des heiligen Aegidius

für die Zeit vom 16. Januar 1898 bis 18. Januar 1899.

Günnergfeld.

Am 16. Januar 1898 zählte der Verein 58 ständige Mitglieder, im Laufe des Jahres traten ihm 22 Mitglieder bei, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder 80 beträgt. Von diesen trat wegen Arbeitsveränderung aus eins, zum Militär eingezogen wurden zwei, in ihre Heimath zurückgekehrt sind vier, in Folge unregelmäßiger Zahlung der Monatsbeiträge wurden ausgeschlossen neun, so daß 64 aktive Mitglieder verbleiben. Der Verein hielt 18 ordentliche Versammlungen, vier Generalversammlungen und vier Vorstandssitzungen ab.

Die Einnahme des Vereins im Jahre 1898 betrug 607,24 Mk., die Ausgabe 507,15 Mk., es verbleiben demnach 100,09 Mk., aus dem Jahre 1897 waren verblieben 33 Mk., folglich besitzen wir in der Kasse gegenwärtig 133,09 Mark. In der Sparkasse besitzt der Verein 100 Mark. Er gewährte

14 Mitgliedern Unterstützungen und zahlte an diese 152,80 Mk. aus.

Die Bibliothek setzt sich aus 139 Büchern zusammen; von diesen sind 119 Eigentum des Volksbibliothekenvereins in Posen und 20 Eigentum unseres Vereins. Unsere Mitglieder abonnieren folgende Zeitungen: den Wiarus Polski, Przewodnik Katolicki, Gonic Wielkopolski, die Gazeta Gdanska u. Einem polnischen Geistlichen hatten wir viermal. Der Verein begab sich einmal mit der Fahne gemeinschaftlich zur heiligen Kommunion. Mit der Fahne trat der Verein im verfloßenen Jahre fünfmal auf. Er veranstaltete zwei Vergnügungen, außerdem beging er das Weihnachts- und Osterfest in feierlicher Weise.

Am 8. Januar fand die Wahl des neuen Vorstands statt. Es wurden gewählt: Josef Zendrzejak als Vorsitzender, Stanislaus Piętny als Stellvertreter, Andreas Szary als Schriftführer, Franz Nowak als Stellvertreter, Johann Wasiko als Schatzmeister, Benno Kasperzki als Stellvertreter, Thomas Stachowski als Bibliothekar, Peter Szymczak als Stellvertreter, Josef Andrzejewski als Fahnenträger, Franz Katakczak als Stellvertreter, Lorenz Pohl und Stanislaus Kobylarz als Fahnenjunker, Adalbert Wasiko und Adam Stoeck als Stellvertreter, Peter Sztul und Michael Herft als Kassenrevisoren, Benno Kasperzki als Theaterleiter, Adalbert Dzierza als Krankenrevisor.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

Josef Zendrzejak, Andreas Szary,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 13 des Wiarus Polski
vom 31. Januar 1899:

Nachenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins unter dem Patronat des heiligen Josef

vom 1. Januar 1898 bis 1. Januar 1899.

Wattenscheid.

Ende 1897 gab es 169 aktive Mitglieder, im Laufe des ganzen Jahres 1898 traten 69 Mitglieder neu bei, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder am Ende des Jahres 238 betrug, darunter befand sich ein Ehrenmitglied. In ihre Heimath zurückgekehrt sind sechs, in Folge Arbeitsveränderung traten aus zehn, in Folge Eintritts zum Militär sechs Mitglieder, drei sind gestorben, in Folge unregelmäßiger Zahlung der Monatsbeiträge wurden 19 gestrichen, es gehen daher auf das laufende Jahr 194 ständige Mitglieder über. Der Verein veranstaltete im verfloßenen Jahre 40 Versammlungen, darunter befanden sich 22 ordentliche Versammlungen, 5 Generalversammlungen und 13 Vorstandssitzungen. Mit der Fahne trat der Verein im verfloßenen Jahre achtmal auf, ohne Fahne fünfmal.

Am 15. Mai beging der Verein, bei zahlreicher Beteiligung benachbarter Vereine, sein 14jähriges Stirtungsfest, gelegentlich dessen auch eine Theateraufführung stattfand. Außerdem feierte er gemeinschaftlich das Oster- und Weihnachtsfest. Heilige Messen ließ der Verein fünf lesen, und zwar zwei für die verstorbenen Mitglieder, eine für den heiligen Josef, für die gegenwärtigen und verstorbenen Mitglieder eine, und eine für das Seelenheil von Adam Mickiewicz. Einen polnischen Geistlichen hatten wir

sieben Mal. Gemeinschaftlich zur heiligen Kommunion mit der Fahne begab sich der Verein zwei Mal. Von Zeitungen abonnierte er zwei Exemplare des Wiarus Polski, auch die Mitglieder abonnierten zum größten Theil den Wiarus Polski. Die Bibliothek setzt sich aus 236 Büchern zusammen. Von dieser machten im verflossenen Jahre 86 Mitglieder Gebrauch, welche zusammen 320 Bücher lasen.

Der Kassenstand ist folgender: Aus dem Jahre 1897 sind 90,20 Mark verblieben. Die Einnahme im Jahre 1898 betrug mit jenem Rest 1469,38 Mk., die Ausgabe im vergangenen Jahre betrug 1250,67 Mk., es verbleiben demnach 218,68 Mk. Hiervon wurden als Unterstützung an 67 franke Mitglieder gezahlt: 512 Mk. In der Sparkasse besitzt der Verein ein Vermögen von 619,54 Mk.

Am 6. November 1898 fand die Wahl des neuen Vorstandes statt. Es wurden in ihn folgende Herren gewählt: Ehrenmitglied wurde der hiesige Pfarrer Hausmann, Vorsitzender Jakob Ptak, dessen Stellvertreter Franz Krajewski, Schriftführer Franz Fronckowiak, dessen Stellvertreter Franz Wyrwas, Schatzmeister Michael Matuszewski, dessen Stellvertreter Josef Molek, Bibliothekar Johann Zarus, Stellvertreter Josef Chudy, Kassenrevisoren Josef Nowak I und Vinzent Eichler, Fahnenträger Thomas Krokowowski, dessen Stellvertreter Ignaz Jabis, Fahnenjunker Stanislaus Gorynia und Nikolaus Walczewski, deren Stellvertreter Josef Nowak III und Stanislaus Szatulski.

Die Versammlungen finden jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat statt. Die Vorstandssitzungen finden jeden ersten Sonntag im Monat regelmäßig um 11½ Uhr Vormittags statt.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder nach dem Vereinslokal senden zu wollen.

Jakob Ptak,
Vorsitzender.

Franz Fronckowiak,
Schriftführer.

Aus Nr. 11 des Wiarus Polski
vom 26. Januar 1899:

Bericht über die Thätigkeit des St. Johannes-Vereins in Meckendorf

für die Zeit

vom 9. Januar 1898 bis zum 8. Januar 1899.

Meckendorf.

Im vergangenen Jahre zählte der Verein anfänglich 108 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 42 neue Mitglieder aufgenommen worden, sodaß die Gesamtzahl 150 betrug. Von diesen sind 5 wegen Arbeitswechsel ausgeschieden, ein Mitglied kehrte in die Heimath zurück und 31 Mitglieder sind wegen unregelmäßiger Zahlung der Beiträge ausgeschlossen worden; demnach verbleiben für das laufende Jahr 112 aktive Mitglieder. Es haben 20 ordentliche, 6 General-Versammlungen und 8 Vorstandssitzungen stattgefunden. Für den Verein wurde fünf Mal Gottesdienst, verbunden mit polnischer Predigt durch den Vikar Drescher abgehalten. Bei einer Einnahme von 895 Mk. 14 Pf. und einer Ausgabe von 762 Mk. 65 Pf. verblieb ein Kassenbestand von 132 Mk. 49 Pf. An 57 franke Mitglieder zahlte der Verein Unterstützungen im Betrage von 295 Mk. 50 Pf. Für den Straf-Prozeß wegen Veranstaltung eines angeblich nicht gestatteten Umzugs am Stützungsfeste des St. Johannes-Vereins in Hüllen im Jahre 1897 zahlte der Verein dem Rechtsanwalt 30 Mk., Gerichtskosten 131 Mk. 50 Pf.; des-

gleichen im Jahre 1898 in Günnigfeld 19 Mk. 20 Pf., ergiebt den Betrag von 180 Mk. 70 Pf. Dem Landmann T. N. zahlte der Verein eine Unterstützung von 50 Mk. In der Sparkasse befinden sich ausschließlich der diesjährigen Zinsen 122 Mk. 79 Pf.; hiernach hat der Verein ein Vermögen von 255 Mk. 28 Pf. Zum Besten des Josafat-Fonds besitzt der Verein eine Sammelbüchse, in welcher 38 Mk. 80 Pf. vorgefunden wurden. Die Bibliothek enthält 190 Bücher, welche Eigentum des Volks-Bibliothek-Vereins zu Posen sind; dieselben werden von durchschnittlich 25 Mitgliedern benutzt. Die Mitglieder abonnieren hauptsächlich den Wiarus Polski aus Bochum.

Am 8. Januar hat eine General-Versammlung stattgefunden, in welcher der neue Vorstand gewählt worden ist und zwar: Adam Goldyan Vorsitzender, Stefan Malchrowicz Stellvertreter, Johann Trzeciaowski Schriftführer, Andreas Andrysiak Stellvertreter, Joseph Janowski Kassier, Johann Kamienski Stellvertreter, Franz Soliczak Bibliothekar, Anton Patryas Stellvertreter.

Die Versammlungen werden am zweiten und letzten Sonntag jeden Monats pünktlich 4 Uhr abgehalten.

Adam Goldyan,
Vorsitzender.

Johann Trzeciaowski,
Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 1 des Przegląd Wszechpolski
für Januar 1899:

Die Polenpolitik in Preußen.*)

In der Politik und im praktischen Wirken lassen wir uns bis jetzt von Redensarten lenken, die auf diesem Gebiete einen mächtigen und ausschließlichen Einfluß auf uns ausüben. Wir wiederholen konventionelle, tacito consensu geheiligte Lügen, wir verkünden verschiedene, oftmals inhaltslose, durch ihren Wortlaut aber allein wie magische Formeln wirkende Losungen. Wir sind den wilden Menschen ähnlich, die den in bestimmter Weise zusammengesetzten Worten eine Wunderkraft beimessen. Wir rühmen uns gerne damit, daß wir von der politischen Romantik geheilt sind. Der Redensartenkult in der Politik ist jedoch noch gefährlicher, als die romantischen Phantasien. Er bildet den Mantel für die Trägheit des Gedankens und die Untauglichkeit des Willens. Wir fürchten uns der Wahrheit in die Augen zu schauen, wir fürchten uns, die Dinge bei ihren Namen zu nennen, begnügen uns vielmehr mit einer Redensart, die uns von jeglicher Anstrengung des Denkens und Handelns befreit. Unsere politischen Angelegenheiten der letzten Jahre liefern genügende Beispiele für die Richtigkeit vorstehender Bemerkungen. Diese den Redensarten dargebrachte Huldigung macht sich am deutlichsten bemerkbar bei der Beurtheilung der Dinge in den Preußen einverleibten Landestheilen und des Wesens, sowie der Aufgaben unserer Nationalpolitik in diesem Antheil. Wozu sollen wir aber nach den Geheimnissen der Bestrebungen und des Interesses der preussischen Politik erst forschen, wenn wir dafür einen Ausdruck besitzen, welcher die Sache vorzüglich erläutert. Dieser Ausdruck ist die „Begehrlichkeit“, manche sagen, die preussische oder, zur Veränderung, überhaupt die deutsche „Annektierungswuth“. Die preu-

*) Auf diesen bemerkenswerthen, die polnische Frage offen darlegenden und die Nothwendigkeit der jetzigen preussischen Abwehrpolitik vom preussisch-deutschen Standpunkte aus voll anerkennenden Artikel wird besonders aufmerksam gemacht. (Redakt. des Gesamt-Ueberblicks.)

fiſche Begehrlichkeit, namentlich mit dem Zuſatz einiger Aphoriſmen, wie „Macht geht vor Recht,“ mit „Blut und Eiſen“ u. ſ. w. befriedigt vollſtändig unſer beſcheidenes Bedürfniß nach dem Verſtändniß politiſcher Erſcheinungen. Es iſt dies ein wunderbares Wort, eine Uniſverſalformel, weil ſich ihrer alle Schattirungen des politiſchen Gedankens, alle Parteien gerne bedienen, da ſie Allen mehr oder minder genügt. Im Grunde genommen beſagt jedoch das Wort, — mit oder ohne Aphoriſmen — nichts. Jede Politik, ſei es die preußiſche, ſei es die polniſche, iſt im Verhältniß zu anderen Nationen eine begehrliche, ſie muß ſtets danach ſtreben, neue Landestheile zu erobern oder verlorene wiederzugewinnen. Die Begehrlichkeit iſt daher keineswegs eine beſondere Eigenthämlichkeit der preußiſchen Politik, viel weniger noch wie manche behaupten, eine augenblickliche Verirrung der deutſchen Nation. . . Hier handelt es ſich jedoch nicht darum, wie die preußiſche Politik benannt werden ſoll, ſondern darum, welches Intereſſe ihre Grundlage bildet und welches Ziel ſie anſtreben muß. Das Erhalten der öſtlichen Provinzen, in welchen die polniſche Bevölkerung anſäßig iſt, bildet für die preußiſche Monarchie das größte Intereſſe, iſt für ſie geradezu eine Lebensfrage. Ein mächtiger Staat kann ſich mit der, und ſei es auch in der fernſten Zukunft liegenden Möglichkeit des Verluſtes eines bedeutenden Landestheiles mit etwa 7 Millionen Einwohnern, darunter über drei Millionen Deutſche, nicht ausſöhnen, zumal dieſer Landestheil zum größten Theil ſchon ſeit langer Zeit ſich in ſeinem Beſitz befindet und theilweiſe vollſtändig germaniſirt iſt. So lange die polniſche Frage nur in den Grenzen der Provinz Poſen und vielleicht noch Weſtpreußen beſtand und ſo lange man für die Nothwendigkeit der Vereinigung und Abrundung der Territorien in militäriſcher und wiſchaftlicher Beziehung auch nicht das richtige Verſtändniß hatte, konnte die preußiſche Regierung an Kompromiſſe, ſelbſt an ſolche denken, deren Grundlage die Verzichtleiſtung auf gewiſſe polniſche Landestheile gegen entſprechende territoriale Entſchädigung oder andere Vortheile bildete. Mit dem Augenblick jedoch, als die polniſche Nationalbewegung ſich auf die Volksmaſſen erſtreckte und ſich über anſcheinend längſt germaniſirte Provinzen verbreitete, als das Nationalbewußtſein auf der ganzen weiten und breiten Linie von Myſlowitz nach Püzig erwachte, mußte die preußiſche Politik ſich zwei Ziele ſtecken: die Verdeutſchung der polniſchen Bevölkerung innerhalb der Grenzen Preußens und die Verhinderung der Gründung eines ſelbſtändigen polniſchen Staates, überhaupt der Regelung des Verhältniſſes der Polen zu Rußland. Es hat ſich herausgeſtellt, daß die polniſche Bevölkerung ſich ſchneller vermehrt, als die deutſche und daß die Macht des polniſchen Volkes nicht nur ziffermäßig, ſondern auch in kulturell-politiſcher und wiſchaftlicher Beziehung wächst. Das polniſche Element iſt in jeder Hinſicht jetzt ſtärker in Preußen, als es vor 30 oder ſogar 50 Jahren war. Es hat nicht nur den Fortſchritten des Deutſthums in den Oſtmarken Einhalt gethan, ſondern auch die verlorenen Poſitionen wiederzugewinnen, ganze Landestheile, wie Oberſchleſien und das preußiſche Maſowien zu erobern begonnen, ja es iſt ſogar auf dem Gebiete wiſchaftlicher Verhältniſſe durch Bildung von polniſchen Arbeiter-Anſiedelungen in der Hauptſtadt von Preußen und Deutſchland aggreſſiv vorgetreten. Die preußiſchen Politiker ſehen ein, daß der Prozeß der Verdeutſchung der Oſtmarken, der berühmte Drang nach Oſten vollſtändig aufgehört hat. Das polniſche Element nimmt an Kraft zu.

Dieſe Thatſache iſt für einen im Innern des Landes nach nationaler Einigkeit ſtrebenden Staat durchaus nicht erwünſcht, derſelbe würde ſich vielleicht mit der bitteren Nothwendigkeit dennoch ausſöhnen, wenn er nicht Rückſicht auf die äußeren Verhältniſſe nehmen müßte. Trozdem, oder vielleicht gerade deshalb, weil dieſe Politiker nüchtern ſind, als die nüchternſten von uns, rechnen ſie mit der Möglichkeit der Aufſtellung der polniſchen Frage in der internationalen Politik. Bismarck widerſetzte ſich entſchieden einem Kriege mit Rußland, denn er wußte wohl, daß das Endergebniß des Krieges wahrſcheinlich die Gründung eines ſelbſtändigen oder autonomen polniſchen Reiches fein müßte. Dieſes würde dann zweifellos dahin ſtreben, nicht nur die von Preußen annektirten Länder wieder zu gewinnen, ſondern auch das ganze Gebiet der öſtlichen Provinzen dieſer Monarchie, alſo nicht nur die Provinzen Poſen und Weſtpreußen, ſondern auch Oſtpreußen und Schleſien zu beherrſchen. Uebrigens ganz abgeſehen von dieſem möglichen Falle, erblickt die preußiſche Politik in dem Wachsthum des polniſchen Elementes eine ernſte Gefahr für die Monarchie für den Fall eines eventuellen Zwiftes zwiſchen Rußland und Deutſchland oder ſogar zwiſchen Rußland und Oeſterreich. Es war und iſt daher Aufgabe dieſer Politik, dieſe Eventualität zu beſeitigen und Zeit zu gewinnen, um das dem Staate drohende Polenthum ohnmächtig zu machen. Der Aufſchwung des polniſchen Elementes überzeugte die deutſche Regierung, daß die früher zur Anwendung gebrachten Mittel und Wege zur Verdeutſchung der Oſtmarken den Zweck nicht erreichen. Scharſichtigere Politiker ſehen, wie es ſcheint, ein, daß auch die neuen Anordnungen und Mittel, die im Verlauf der letzten Jahre energiſch zur Anwendung gebracht wurden, nicht zu dem beabſichtigten Ziele führen werden. Die preußiſche Politik iſt jedoch der polniſchen Bevölkerung gegenüber in eine Lage ohne Ausweg gerathen. Durch Zugeständniſſe an das Polenthum kann ſie ſich das Beſizthum der öſtlichen Provinzen nicht ſichern, denn, wenn ſie auch die polniſche Ortsbevölkerung für ſich gewinnen ſolte, würde ſie das natürliche Beſtreben unſerer Nationalpolitik nicht aufhalten, nämlich die Vereinigung aller früher polniſchen Landestheile. Oeſterreich kann die Polen an ſich feſſeln, denn es würde gerne, wie ganz zutreffend Bismarck in ſeinen Memoiren bemerkte, Galizien für eine entſprechende territoriale Entſchädigung abtreten. Preußen jedoch oder gar Deutſchland kann nicht freiwillig auf die öſtlichen Provinzen verzichten, nicht nur mit Rückſicht auf die dort anſäßigen drei Millionen Deutſcher, ſondern mehr noch mit Rückſicht auf ſeine territoriale Lage. Der Verluſt dieſer Gebiete würde ein Todesstoß für die Macht Deutſchlands ſein. Wir erwähnten bereits, daß die deutſchen Politiker ſelbſt nicht ſehr an die Wirksamkeit der gegen die polniſche Bevölkerung angewendeten Mittel glauben. Die polenfeindliche Politik Bismarcks, namentlich aber die heutige Politik der preußiſchen Regierung iſt geradezu ein verzweifelter Aufbieten der Kräfte und eben das Bewußtſein von der Erfolgloſigkeit der in's Leben gerufenen oder beabſichtigten Anordnungen verleiht ihr eine beſondere Verbiſſenheit. Die preußiſche Regierung wählte dieſes System, welches den ſtaatlichen Traditionen und dem nationalen Charakter entſpricht, welches wenigſtens geſtattet, daß man ſich der verzweifelten Hoffnung auf Unterdrückung des polniſchen Elementes hingeben kann und welches thatſächlich deſſen kulturelle und wiſchaftliche Entwicklung aufhält. Dieſes Aufhalten, oder vielmehr dieſes Erſchweren unſerer nationalen Entwicklung iſt die einzige poſitive Errungenschaft der preußiſchen Poli-

tif. Ein anderes Wirkungssystem würde ihr nicht einmal dieses bescheidene Ergebnis geliefert haben. Sie versuchte übrigens noch andere Mittel. Bismarck räumt in seinen vertraulichen Mittheilungen ein, daß er sogar mit dem Gedanken umgegangen sei, das Projekt früherer Brandenburgischer Machthaber, die preußisch-polnische Union, wieder anzuregen. Dieser phantastische Einfall hatte und hat in den gegenwärtigen Verhältnissen keine Aussichten. Die preußische Politik kann jedoch nur zwischen ihm und dem System rücksichtsloser Verdeutschung wählen, denn eine andere Taktik des Handelns entspricht nicht ihren Interessen. Sowohl die Versuche mit der Versöhnungspolitik, als auch diejenigen der Kompromisse mit polnisch-nationalen Bestrebungen auf Grund der Verzichtleistung auf die zu Preußen gehörenden Landestheile haben getäuscht. Vor zehn Jahren, als der Krieg mit Rußland unvermeidlich schien, erschien in einem deutschen halbamtlichen Organ ein im Auftrage des Reichskanzlers verfaßter Brief eines angeblich polnischen Edelmannes. In diesem Briefe und in den in Folge des Briefes erschienenen Artikeln wurden die Polen zur Verzichtleistung auf die von Preußen annektierten Länder aufgefordert, dafür wurde ihnen aber die Gründung eines großen Polenreiches versprochen, welches bis an das Schwarze Meer reichen würde. Interessant und bezeichnend ist es, daß der Patriarch der deutschen Sozialdemokraten, der verstorbene Engels, gelegentlich eines Gesprächs mit einem Polen ebenfalls behauptet hatte, daß wir den Gedanken auf eine Wiedergewinnung der Provinzen West- und Ostpreußen aufgeben müßten, dafür versprach er aber dem künftigen Polenreich — Odessa, Libau und sogar Riga. Wenn eine Realpolitik auch nur für einen Augenblick mit Projekten rechnete, die noch unausführbarer sind, als das Projekt der polnisch-preußischen Union, so hat man sich doch allem Anschein nach in Berlin Rechenschaft über die Sachlage abgelegt und den Aufschwung der national-polnischen Kräfte gehörig beurtheilt. Selbstverständlich wurden dergleichen Phantasien, mit welchen vielleicht der Versuch einer Ausöhnung in den jetzt zu Preußen gehörenden früheren polnischen Landestheilen in Verbindung stand, beizeiten aufgegeben. Das Verhalten der polnischen Bevölkerung, namentlich der niederen Volksschichten dieser Aktion gegenüber überzeugte die preußische Regierung, daß selbst ein scheinbares Kompromiß zwischen ihren und unseren grundsätzlich verschiedenen Interessen und Bestrebungen unmöglich ist. Gerade von diesem Augenblick an treten die Aufgaben der preußischen Politik im Verhältniß zu der polnischen Bevölkerung immer deutlicher hervor, das System der rücksichtslosen Verdeutschung kommt immer schärfer zur Anwendung. Man kann nicht annehmen, daß die preußische Regierung diese Mittel bereits erschöpft habe, oder bald erschöpft haben werde, daß sie in ihrem Handeln nicht eine gewisse Linie, welche die Verfassung und die Landesgesetzgebung vorzeichnen, überschreiten werde. Heutzutage sind Ausnahmegesetze und Ungefehllichkeiten allgemein, sie sind bereits zur Sitte geworden. Alle diese Unterdrückungen können und werden wahrscheinlich noch verstärkt werden. Man kann sich aber auch nicht der Täuschung hingeben, die deutsche öffentliche Meinung werde gegen die preußische Willkür und Rücksichtslosigkeit protestiren. Für Deutschland hatte die polnische Frage noch vor Kurzem nicht die gleiche Bedeutung wie für Preußen. Aber trotz des anscheinenden Aufschwungs des Partikularismus schreitet der Prozeß der Vereinigung immer weiter vor und das staatliche, sowie das nationale Interesse Preußens und Deutschlands verschmelzen immer mehr. Die polnische Frage hat nicht nur für Preußen, son-

dern auch für das ganze vereinte Deutsche Reich den Charakter, wie wir ihn oben schilderten. Eine Politik, deren Quintessenz das Programm der H.-R.-Listen bildet, hat in Sachsen, Baiern und am Rhein eifrige Anhänger. Es ist dies heutzutage nicht mehr die Politik einer Partei oder einer geschlossenen Gesellschaft. Ihre Ziele und Aufgaben verfolgen sowohl die freimüthigen als auch die deutschen Katholiken, der Unterschied ist nur der, daß sie verschiedene Verdeutschungsmittel empfehlen. Der katholische H.-R.-Eisismus ist zur Zeit vielleicht gefährlicher für uns, als der H.-R.-Eisismus der Junker. Sogar in der sozialdemokratischen Partei fangen die Verdeutschungsbestrebungen an ziemlich deutlich zum Vorschein zu kommen. Wir müssen also nicht nur mit Preußen, sondern auch mit ganz Deutschland, nicht mit einzelnen Parteien, sondern mit der ganzen deutschen Gesellschaft einen Kampf führen, in welchem die stärkere Seite in den Mitteln nicht wählerisch ist, die schwächere dagegen selbst in ihrer legalen Thätigkeit behindert ist, einen Kampf auf Tod und Leben. Das Lebensinteresse beider Nationen kommt hier in Betracht, der Kampf wird um unsere nationale Zukunft und um diejenige der deutschen Macht geführt. Von der Bedeutung dieses Kampfes für beide Theile und von seinem eigentlichen Charakter haben wir keine richtige Vorstellung, denn wenn wir sie begriffen, würden wir uns der allgemeinen Redensarten von deutscher Begehrlichkeit und von unserm Glauben an den künftigen Sieg der menschlichen Grundsätze und der Gerechtigkeit in internationalen Verhältnissen schämen. Wir würden uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß in der deutschen Gesellschaft oder unter ihrem Drucke bei der Regierung andere Ansichten über das Verhältniß des Staates zu den Polen die Oberhand gewinnen werden. Sicherlich ist eine Aenderung in der Taktik des Handelns möglich, ja sogar wahrscheinlich, aber das Wesen der preußisch-deutschen Politik wird sich keinesfalls ändern. Deutschland kann sich mit dem Gedanken an den Verlust der östlichen Gebiete der preußischen Monarchie mit einigen Millionen deutscher Bevölkerung nicht vertraut machen und da es wohl weiß, daß wenn es die Entscheidung darüber der natürlichen Entwicklung der Dinge überlassen würde, diese in Zukunft den Polen den Sieg verschaffen würde, so muß es mit allen Mitteln, per fas et nefas dahin streben, das Polenthum zu schwächen, oder doch wenigstens ein gewisses nationales Gleichgewicht zu erhalten. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, ist die deutsche Politik eine defensive, obwohl sie sich aggressiver Mittel bedient. Es ändert nichts an der Sache, daß jener Besitzstand, den sie vertheidigt, auf dem Wege der Wortbrüchigkeit und des Raubes entstanden ist. Das Deuthum wird in den Ostmarken nicht unterdrückt, wie dies die H.-R.-Listen verkünden, aber es wird darin, was es auf Grund der Annektirung besitzt, bedroht. Diesen defensiven Charakter der deutschen Politik stellen wir um so lieber fest, als sowohl in der Politik, als auch in dem Kampfe mit bewaffneter Hand gewöhnlich derjenige verliert, welcher sich vertheidigt. Das Wesen und den Charakter der preußischen Politik müßten wir uns genau in seiner realen Wirklichkeit einprägen und sie ohne Täuschung und lautes Wehklagen beurtheilen.

Wir dürfen nur nicht vergessen, daß wir auf eine grundsätzliche Aenderung der Staatsverhältnisse und des deutschen Volkes nicht zu rechnen haben, daß das Außerachtlassen dieser eisernen Nothwendigkeit, welche die preußische Politik zum Ausdruck bringt, uns oftmals unerfesslichen Nachtheilen und Verlusten aussetzen kann. Auf eine Aenderung der preußischen Politik werden wir in absehbarer Zeit nicht zu hoffen haben. Die Hoffnung auf einen Triumph in der Politik der Gerechtigkeit und Menschlichkeitsgrundsätze ist, wie das Sprichwort besagt, die Mutter der Dummen, im günstigsten Falle — die Mutter der Naiven. An diesen Triumph glauben — müssen wir, doch müssen wir auch verstehen, daß er nicht vom Himmel herunterfallen oder aus den Köpfen und Herzen der Menschen entspringen wird, sondern mit Blut und Eisen errungen werden muß. Bei dem Warten auf eine Aenderung der Begriffe und Verhältnisse, ja sogar bei der politischen Ausnutzung der bestehenden Bedingungen für unsere nationale Sache können wir nicht stehen bleiben. Die Erhaltung des nationalen Gleichgewichts im preußischen Antheil würde mit der Aufhaltung unserer Entwicklung gleichbedeutend sein, denn Alles, was sich entwickelt, muß wachsen. Unsere politische Thätigkeit muß daher nicht nur sichernde, sondern auch das Wachsthum des polnischen Elements beschleunigende Bedingungen schaffen. Der Kampf aber, der an unseren Westmarken geführt wird, ist nicht Sache eines Theiles, sondern der ganzen Nation. „Dumm ist Polen ohne Posen“ sagt das Sprichwort, welches unsere Väter nach der Theilung des Landes auf dem Wiener Kongreß gebildet haben. Armseelig würde thatsächlich das künftige Polen, für das wir leben und handeln, das Polen, welches wir sicherlich nicht erleben, welches aber unsere Kinder und Enkel schauen werden — nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zutritt zum Meere, also ohne Danzig und Königsberg sein.

Die preußische Politik strebt danach und wird auch in Zukunft danach streben, unser nationales Element zu Grunde zu richten, unter den jetzt bestehenden Bedingungen kann sie jedoch ihre Aufgabe nicht erfüllen, sie muß sich vielmehr damit begnügen, unsere politische, geistige und wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, das Gleichgewicht und den bisherigen Besitzstand zu erhalten, welcher von unseren Fortschritten bedroht wird. Wir bilden eine Kraft, die da wächst und eine wirkliche Gefahr für die Macht des deutschen Staates, wenn auch nicht jetzt, so doch für die Zukunft, darstellt. Gegenüber jedoch vierzig und einigen Millionen Deutschen, denen alle Mittel der Staatsgewalt und der materiellen Kultur zur Verfügung stehen, befinden wir uns in den preußischen Landestheilen in einer Anzahl von kaum 4 Millionen armer und größtentheils in nationaler und politischer Beziehung nicht zielbewußter Bevölkerung. Diese Thatsache entscheidet vor allen Dingen über unsere politische Taktik im Verhältniß zur preußischen und deutschen Regierung. Wir müssen solche Arten des Kampfes vermeiden, in welchen das ziffermäßige Uebergewicht und die staatliche Organisation den Sieg sichern, wir müssen daher für unsere Nationalsache auf gesetzlichem, im Rahmen der preußischen und der deutschen Verfassung, so lange dies möglich ist, sich bewegendem Boden vorgehen. Diese Bedingungen des Handelns könnten wir noch besser wie bisher ausnützen, wenn wir uns über die Aufgaben und Bestrebungen der preußischen und unserer Politik klare Rechen-

schaft ablegten. Dann könnten uns auch — zeitliche und sachliche — Kompromisse mit deutschen Parteien in einzelnen Fällen praktische Vortheile sichern. Das politische Leben des deutschen Volkes wird ja doch nicht allein von dem Bestreben der Germanisirung der Ostmarken gänzlich ausgefüllt, es hat noch andere Ziele und Aufgaben, ein anderes nicht minder wichtiges Interesse.

Diese jetzt zu Preußen gehörenden Provinzen bilden eine nothwendige Bedingung für das Entstehen des Polenreiches, so wie sie heute die Hauptbedingung für die Erhaltung der deutsch-preußischen Macht sind. Von einem Kompromisse in dieser Sache kann bei uns keine Rede sein. Wir dürfen es nicht bei jeder Gelegenheit wiederholen, doch fest und stets daran glauben, daß Polen ohne diese Landestheile nicht bestehen kann, daß es, wenn es auch in anderen Grenzen entstehen sollte, zur Wiedergewinnung dieser Provinzen Schritte thun müßte. Die Deutschen begreifen das schon, wir dagegen noch nicht Alle. Wenn nun der Besitz dieser Landestheile unser hauptsächlichstes Nationalinteresse, die nothwendigste Bedingung für unser nationales Dasein bildet, müßte auch der jetzt dort geführte Kampf alle früher polnischen Landestheile gleichmäßig interessiren. Nicht nur das angeborene Mitgefühl, nicht nur das Bewußtsein der nationalen Einheit, sondern auch das reale politische Interesse heißen uns unser besonderes Augenmerk auf die Westmarken lenken. In einem rein politischen Kampfe würde die unsererseits gebrachte, offen erwiesene Hilfe in den meisten Fällen der polnischen Bevölkerung in Preußen nur schaden. Bei einer Thätigkeit jedoch, welche die Förderung des nationalen, geistigen und wirtschaftlichen Aufschwungs bezweckt, könnten und müßten wir ihr positiv helfen. Indes beschäftigen wir uns ziemlich eifrig und mit der Vorliebe alter Grübler mit verschiedenen Bruchtheilen unserer Nation, welche meist nur noch einen ethnographischen Werth haben, und vergessen denjenigen großen Landstrich, in welchem die Wiege unseres Staates stand, ohne die dieser Staat nicht die erforderlichen Existenzbedingungen in der Zukunft haben würde.

Aus Nr. 22 des Ozas
vom 27. Januar 1899:

Im preußischen Landtage

Krakau, 26. Januar.

hat es wieder ein kurzes polnisches Intermezzo gegeben. Eingeleitet wurde es von Herrn Motth mit Worten, die vor Wahrheit, Schmerz und Enttäuschung beugen, das war keine Diskussion. Eine Diskussion, selbst unter Gegnern, erfordert, daß Berührungspunkte, wenn auch allgemeinsten Art vorhanden sind, ohne welche die widerstreitenden Prinzipien und Argumente einander meiden, wie parallele Linien im Raume. Die Zusammensetzung des preußischen Landtags bewirkt, daß der Vorsitzende der polnischen Fraktion, der sich auf die Grundsätze von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, das „Fundament der Staaten“ beruft, einem Missionar gleicht, den inmitten von Drohungen und Spottereien neue Ideen und unbekannte Ideale verkündigt. Es liegt nur der Unterschied vor, daß es wohl möglich ist, das offene, naive Vorurtheil wilder Krieger zu erschüttern, während nichts im Stande ist, in das mit bewußter Perfidie gepanzerte, zivilisirte Barbarenthum Breche zu legen.

Deshalb konnte Herr Moty nur im Namen der Wahrheit protestiren. Er hat dies mit mannhafter Energie und mit der Würde eines Vertreters unrecht Behandelten, der vor einem Tribunal von Vertretern der Unbill das Wort ergreift.

Als Sachwalter dieses Tribunals trat Herr v. Miquel, der jetzige oberste Patron des H.-R.-Tismus auf. Herr v. Miquel veräumte die Gelegenheit nicht, um das Wort zu ergreifen. Nachdem er sich nämlich die Weckung des antipolnischen Chauvinismus als Schiene für den Weg zur Karriere gewählt, behandelt er den H.-R.-Tismus als Ansteckungskeim, der eingimpft werden muß, um Gunst und Popularität zu gewinnen. Mit den Ausführungen des Kandidaten für den Kanzlerposten zu polemisiren, liegt mithin kein Anlaß vor; denn Herr v. Miquel ist in diesem Falle kein Mann, der Beweise vorbringt, sondern ein Agitator, der da weiß, daß es bei der Agitation die größte Geschicklichkeit ist, mit Emphase alte, wenn auch verbrauchte, so doch wirksame Lügen zu wiederholen. Da er auch die Instinkte zu treffen weiß, macht er sich keine Sorgen darum, ob er gegen die Wahrheit verstößt; denn sie ist ja nicht sein eigentliches Ziel!

Von diesem Standpunkt aus muß das letzte Auftreten des Erben Bismarcks und der Tradition desselben betrachtet werden. Diese Tradition ist insofern geringer zu bewerthen, als sich der ursprüngliche Haß in kühle Methode, in Sprossen für die Ministerleiter verwandelt hat. Doch müßten in keiner Rolle, selbst in derjenigen eines Advokaten des antipolnischen Chauvinismus nicht, die Effekte allzu offen der Logik spotten. Dies Maß überschreiten Sätze, wie der, daß „die Polen nicht polnisch zu lernen brauchten, da dies ihre Muttersprache sei.“ Ein solcher Ausspruch kann nur blutiger Hohn sein; vorgebracht in der steifen trockenen Form eines Arguments wirkt er komisch und kompromittirt die Intelligenz des Schöpfers der neuen Theorie, nach der die Schulverwaltungen in Deutschland den deutschen, und diejenigen in Frankreich den französischen Sprachunterricht kassiren müßten. Soviel nur, um ein Beispiel anzuführen und um aufzuklären, daß es vergebene Mühe wäre, einen Politiker, der sich auf einen so weit von den Grundsätzen des öffentlichen Rechts entfernten Boden gestellt hat, darauf hinzuweisen, daß Staat und Nationalität nicht Synonyma sind, sowie, daß das nationale Renegatenthum nicht in den Bereich der Pflichten eines guten Staatsbürgers gehört, noch gehören kann.

Aus Nr. 23 der Nowa Reforma
vom 28. Januar 1899:

Die Nowa Reforma knüpft an die Verhandlungen des Landtages in Sachen der Ausweisungen unter Anderem folgende Bemerkungen:

Doch in die inneren Wünsche, in die Gesinnungen der Menschen hat eine politische Regierung nicht hineinzuschauen. Es genügt, wenn die Staatsbürger ihre Pflicht thun und sich an die Rechtsvorschriften halten. Von den Polen wiederum zu verlangen, bei jeder Gelegenheit feierlich kundzutun, daß sie alle Unabhängigkeitssträume aufgeben und lediglich ihr Glück in der Verbindung mit Preußen erblicken, ist geradezu Unsinn, denn erstens sind die Polen zu derartigen Kundgebungen nicht verpflichtet, und zweitens hätte eine solche Aeußerung lediglich nur theoretische Bedeutung und würde sicherlich auf die Haltung der preußischen Regierung keinerlei Ein-

fluß ausüben. Diese Regierung wird immer leichter und zugleich herausfordernder. Der Geist Bismarcks spukt in der Politik der von Miquels und der Reckes, aber es ist ein kleinlicherer, ein zwerghafter Geist; sie besitzen weder den Verstand Bismarcks, noch dessen Begeisterung, dafür aber mehr leichten Cynismus und — sagen wir es nur ohne Umschweife — selbstzufriedene politische Unverschämtheit.

Aus Nr. 28 des Dziennik Polski
vom 28. Januar 1899:

Die polnische Sache auf der Friedenskonferenz.

Lemberg, den 27. Januar.

Auf der anderen Halbkugel, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas reißt eine Sache, welche nicht nur ganz Polen angeht, sondern in Anbetracht der heutigen politischen Lage für dieses sehr vortheilhaft sein kann. Wir sprechen hier von den Bestrebungen, auf der von dem Zar Nikolaus II. vorgeschlagenen Friedenskonferenz auch die polnische Frage zu berühren, als eine solche, welche von ihrer Natur aus noch nicht gelöst oder noch nicht gehörig erledigt ist, sodaß sie den Frieden Europas stets zu trüben in der Lage ist. Diese polnische Frage sollen auf der Friedenskonferenz die Repräsentanten der Vereinigten Staaten berühren. Die Entstehungsgeschichte dieser Angelegenheit ist folgende: Der Präsident Mac Kinley hat sich einem angesehenen Polen in Amerika gegenüber dahin geäußert, daß bei gewissen passenden Gelegenheiten Amerika etwas für Polen thun könne.

Als der Zar die Friedenskonferenz anregte und alle Staaten im Prinzip derselben beistimmten, da fingen die hervorragenderen Polen in Amerika an, die Mitglieder der amerikanischen Regierung dahin zu sondiren, ob der oder die Vertreter Amerikas auf dieser Konferenz die polnische Frage nicht berühren könnten, welche das Haupthinderniß für die Erhaltung des europäischen Friedens und der damit zusammenhängenden Abrüstung ist. In den amerikanischen Regierungskreisen fand dieser Vorschlag sehr bereitwillige Aufnahme und Billigung; und als die öffentliche Meinung und die amerikanische Presse sich lebhaft mit dieser Angelegenheit befaßte und von der Regierung geradezu forderte, die polnische Frage auf der Friedenskonferenz durchaus zu berühren, setzte sich Mac Kinley mit den dortigen Polen ins Einvernehmen und empfahl, eine umfassende Denkschrift in dieser Angelegenheit auszuarbeiten und diese ihm amtlich einzureichen, er werde bei der Regierung von dieser Schrift Gebrauch machen, welche sodann ihren Vertretern Instruktionen nach dieser Richtung hin ertheilen werde.

So verhält sich diese Sache jetzt, mit welcher sich in diesem Augenblicke die amerikanische Publizistik lebhaft beschäftigt. Wir nehmen keineswegs an, daß die auf der Friedenskonferenz von den amerikanischen Vertretern erhobene Frage in der Weise von Erfolg begleitet sein wird, daß sich sofort ein praktischer politischer Nutzen für Polen zeigen könnte, aber ihre Berührung allein auf der Friedenskonferenz wäre ein That von unermesslich weittragender Bedeutung. Es ist klar, daß die russische Regierung und deren Vertreter auf dieser Konferenz sowie auch Preußen mächtigen Widerstand leisten und unzweifelhaft alle Kräfte und Mittel daransetzen werden, um zu verhindern, daß diese Sache auf die Tagesordnung der Konferenz gebracht werde, mag dem nun aber immer-

hin sein, wie ihm wolle, das Eintreten der amerikanischen Regierung für die polnische Sache in dem Forum der ganzen Welt müßte entsprechende Folgen nach sich ziehen. Wenn die uns übelgesinnten Regierungen es zu irgend einer Diskussion in dieser Richtung nicht kommen lassen sollten, dann müßte sich mit dieser Angelegenheit die europäische und amerikanische Presse befassen und hieraus würde für uns viel Gutes entstehen, schon aus dem Grunde, weil viele uns betreffende Angelegenheiten aufgeklärt werden würden, und ein solcher Pseudokulturstaat wie Preußen seine menschenfreierische Politik nicht zu vertheidigen brauchte, die er ebenso bei den Negern in Afrika befolgt und wie er sie heut im Posenen, Westpreußen und Oberschlesien befolgt.

Wenn das sogenannte *jus possidendi* auf dieser Konferenz als Hauptunterlage genommen werden wird, dann wird offenbar die ganze Konferenz zu nichts führen, und die Rüstungen werden nach ihr nicht nur nicht geringer werden, sondern sie werden noch wachsen.

Wenn es den amerikanischen Vertretern gelänge, die polnische Frage auf der Konferenz zu berühren, — wenn auch nur mittelbar und nebenher — so wäre diese That in jedem Falle für die polnische Sache ein großer Vortheil, für welchen unsere Gesamtheit den Dankes stets dankbar sein würde.

Aus Nr. 1 des *Przegląd Wszechpolski*
für Januar 1899:

Die *Gazeta Opolska*

fordert die polnischen Abgeordneten Oberschlesiens auf, im Reichstage folgenden Antrag, der ihrer Ansicht nach von den übrigen polnischen Abgeordneten unterstützt werden wird, zu stellen:

„In Erwägung, daß die Erwerbsverhältnisse in Deutschland im Allgemeinen, für die Polen aber in Folge der großdeutschen Agitation im Besonderen immer schwieriger sich gestalten:

in Erwägung dagegen, daß der Wohlstand der Polen in Rußland stetig wächst und sie dort bei der Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben auf keine Hindernisse stoßen:

in Erwägung, daß im Sinne der Friedensabsichten des russischen Kaisers die Annäherung der Völker erleichtert werden muß;

empfiehlt es sich, daß in den Gymnasien der östlichen Provinzen Preußens der russische Sprachunterricht, wenigstens in dem Umfange, in welchem das Englische gelehrt wird, ertheilt werde.“

Diese politische Ungehörigkeit des Vertreters des Redakteurs der *Gazeta Opolska*, Herrn Raszewski, müßte gehörig verurtheilt werden, wenn sie nicht das Ergebnis einer ungewöhnlichen Einfältigkeit und Leichtgläubigkeit wäre. Die Begründung dieses Antrages ist geradezu widersinnig. Der erste Punkt läßt ver-

muten, daß, weil die Erwerbsbedingungen in Deutschland schwieriger sind, die Polen deshalb Beschäftigung in Rußland suchen müßten. Indessen kommen aus dem Königreich zehn mal mehr Arbeiter des Verdienstes halber nach Deutschland, als preussische Arbeiter nach Rußland. Herr Raszewski hat aber nicht nur keinen Begriff von den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern er kennt auch nicht die politischen Verhältnisse. Ein Mensch, der anlässlich der Mickiewicz'schen Denkmal-Enthüllungsfeier Warschau besuchte und dort mit Leuten zusammenkam, die ihm erklärten: „Die Polen stießen in Rußland bei Erfüllung ihrer Kulturaufgaben auf keine Hindernisse,“ lügt entweder frech oder er ist ein unfähiger Beobachter oder aber, was am wahrscheinlichsten ist, er ist ein naiver Politiker, der da glaubt, er habe eine schlaue Art der Einschüchterung der Deutschen erfunden. Das Projekt der Einschüchterung der Deutschen durch die russenfreundlichen Sympathien der Polen hat unter der polnischen Intelligenz in Preußen viel Anhänger. Abgesehen davon, daß dasselbe unsere nationale Würde beleidigt und den Mangel an Glauben an die eigene Kraft beweist, hat es, was ich besonders betone, in den heutigen Verhältnissen keine reale Unterlage. Damals, als der Dziennik Poznański und der Dziennik Kujawski über einen ähnlichen Antrag schrieben, hatte derselbe wenigstens eine gewisse Begründung, weil die Versöhnungspolitik im russischen Antheil sich selbst und auch die Gesellschaft durch die Hoffnung auf eine Regelung der Verhältnisse der Polen zu Rußland täuschten. Jetzt aber, wo man in Berlin genau weiß, daß die Versöhnungspolitik deshalb bankrott gemacht hat, weil die russische Regierung an irgend welche Zugeständnisse an die Polen nicht denkt, wäre das Einbringen des von der *Gazeta Opolska* empfohlenen Antrages im Reichstage eine leichtfertige Herausforderung der preussischen Regierung und der deutschen öffentlichen Meinung. Wir sind nicht Verehrer der Politik der polnischen Fraktion in Berlin und der Politiker, welche ihr angehören, doch würde die Annahme, daß sie einen so unsinnigen und zwecklosen Antrag unterstützen werden, eine Beleidigung für sie sein. Dieser Einfall erblickte wahrscheinlich in dem Kopfe eines Warschauer Loyalisten das Tageslicht, welcher den verzweifeltsten Versuch machen wollte, die russische Regierung davon zu überzeugen, das die Versöhnungspolitik doch etwas für Rußland thun können und dem naiven Leiter der *Gazeta Opolska* wurde während seines Warschauer Aufenthaltes eingeredet, daß die oben erwähnte Aufforderung ein geschicktes diplomatisches Manöver sein werde. Uebrigens sind die Warschauer für Späße sehr empfänglich und wahrscheinlich hat sich Jemand mit dem p. Raszewski einen Witz erlaubt, indem er ihn auf den Gedanken brachte, mit einem derartigen Antrage hervorzutreten. Wir bedauern, daß der Herr Vertreter nicht gewartet hat, bis Herr Koraszewski aus dem Gefängniß entlassen ist, was binnen Kurzem erfolgen wird, er hätte dann das Blatt und sich selbst nicht bloßgestellt.

